

Die Wahlentwicklung im Landkreis Kassel (1928-1933)

Ein Hinweis zur Diskussion der politischen Kultur im „roten Landkreis“

Eike Hennig

Vorbemerkung

Dieser Beitrag ist Bestandteil eines größeren Arbeitsvorhabens¹, in dessen Rahmen u. a. die Edition eines „Wahlhandbuchs“ für die 46 Gemeinden des Kreises (in den Grenzen bis 1936) geplant und bereits in Arbeit ist. Ausgehend von einer Betrachtung des Wahlverhaltens wird versucht, die historischen Wurzeln der politischen Kultur des Landkreises Kassel zu beleuchten. In dieser Beziehung ist der Verfasser dankbar für jeden Hinweis auf private Unterlagen und, vor allem, für jedes Gespräch, zu dem sich ein Zeitzeuge oder eine Zeitzeugin aus der Großelterngeneration bereitfindet. Der Mangel an amtlichen Unterlagen – größtenteils bedingt durch Brandschäden bei Zerstörung des Landratsamtes (1943) – läßt derartigen privaten Hilfeleistungen einen unersetzlichen Wert zukommen.

Die folgenden Hinweise zur Diskussion der politischen Kultur und der Wahlentwicklung während der Endphase der Weimarer Republik im Landkreis Kassel gliedern sich unter zwei Schwerpunkten. Zunächst wird kritisch auf die Argumente eingegangen, die sich für die Charakterisierung des Landkreises als „rot“ aussprechen, anschließend wird unter besonderer Berücksichtigung der Reichstagswahlen vom 14. 9. 1930 und 31. 7. 1932 der Frage nach der Herkunft der NSDAP-Wähler nachgespürt. Abschließend wird auf offene Fragen und weiterführende Arbeitsperspektiven hingewiesen.

I.

Zur Kritik der Redeweise vom „roten Gürtel“ um Kassel

Der Landkreis Kassel gilt als der „rote Gürtel“ um Kassel² oder als „Hochburg der Arbeiterbewegung“³ bzw. als „Roter Wahlkreis“⁴. Es ist die Rede von einer „roten Flut“ in Niederzwehren⁵; Harleshausen wird als der „rote Wedding“ bezeichnet⁶; Ochshausen gilt als „rote Bastion“, die erst in der Nacht zum 5. März 1933 durch den Einsatz legalisierten Staatsterrors „geschleift“ worden ist⁷. Quasi als Wahrheitsbeweis kann darauf hingewiesen werden, daß zeitgenössische NS-Selbstdarstellungen von „Nester(n) ... rot bis an die Knochen“, vom „verseuchteste(n) Kreis Kurhessens“ oder von den „roten Strahlen des Terrors“ im „roten Landkreis Kassel“ reden⁸.

Wenn ein Landkreis in der Wahl vom 31. 7. 1932 mit nahezu identischer Stärke von NSDAP und SPD, allein mit einer rechnerischen (politisch aber nicht wirksamen) Arbeitermehrheit von 14 706 SPD- und 6 222 KPD-Stimmen, d. h. von 20 928 bzw. 55,4% „Arbeiter“-Wählern gegenüber 14 540 bzw. 38,5% Wählern der NSDAP, und mit einer Relation von NSDAP- und SPD/KPD-Wählern von 1 zu 1,4 (d. h. jedem NSDAP-Wähler stehen nurmehr knapp anderthalb „Rote“ gegenüber) emphatisch als „rot“ beschworen wird, welche Argumente werden als Begründung vorgetragen? Die skeptische Frage entzündet sich auch daran, daß die genannten Gemeinden Niederzwehren, Harleshausen und Ochshausen ganz unterschiedlich sind.

Nur die kleine Gemeinde Ochshausen mit 10,7% NSDAP-Wählern im Juli 1932 (ebenfalls aber großen Steigerungsraten der NSDAP-Stimmen⁹) gegen-

über 72,6% für die SPD und 14,5% für die KPD entspricht dem Bild des „roten Landkreises“. Die beiden anderen Orte, Niederzwehren und Harleshausen, sind die größten Gemeinden des Landkreises. Mitte 1933 wohnt dort fast ein Fünftel der Kreisbevölkerung, der land- und forstwirtschaftliche Bevölkerungsanteil liegt in Niederzwehren und Harleshausen mit 6% deutlich unter dem des Gesamtkreises (19,7%)¹⁰. Diese Großgemeinden bieten ein differenziertes Bild, das wohl kaum bruchlos mit dem Anspruch eines einheitlich „roten Wahlkreises“ vereinbar sein dürfte.

NSDAP-, SPD- und KPD-Wahlergebnisse in Harleshausen und Niederzwehren (1928-1932)

	RT 20.5.1928	Δ %	Kommunal 17.11.1929	Δ %	RT 14.9.1930	Δ %	preuß. LT 24.4.1932	Δ %	RT 31.7.1932
+ Harleshausen :									
NSDAP									
(1) Stimmen abs.	34		58		468		997		1.030
(2) in % d. gült. St.	1,6		2,9		18,6		36,2		37,0
(3) abs. St. Δ %		70,6		706,9		113,0		3,3	
SPD									
(1)	1.040		1.015		1.082		1.017		964
(2)	50,1		51,5		42,9		36,9		34,6
(3)		-2,4		6,6		-6,0		-5,2	
KPD									
(1)	233		205		387		422		555
(2)	11,2		10,4		15,3		15,3		19,9
(3)		-12,0		88,8		9,0		31,5	
+ Niederzwehren :									
NSDAP									
(1)	28		*)		555		1.547		1.514
(2)	0,9				15,6		42,0		41,3
(3)				1.882,1		178,7		-2,1	
SPD									
(1)	1.747		1.691		1.728		1.417		1.350
(2)	56,6		56,0		48,6		38,4		36,8
(3)		-3,2		2,2		-18,0		-4,7	
KPD									
(1)	159		226		336		362		508
(2)	5,2		7,5		9,4		9,8		13,8
(3)		42,1		48,7		7,7		40,3	

*) Bei der Kommunalwahl 1929 steht den gespaltenen Arbeiterlisten eine Einheitsliste („Bürgerbund“) – einschließlich der NSDAP – gegenüber. Der „Bürgerbund“ erhält 1.105 Stimmen (36,6%).

Die Wahlentwicklung in diesen beiden eigenständig politisch ausdifferenzierten Großgemeinden des Landkreises Kassel ist vielschichtig und kann – ganz anders als im sozialdemokratisch dominierten Ochshausen¹¹ – nur sehr vergrößert auf die Formel der „roten Nester“ abgezogen werden.

Wenn von 1930 bis 1932 die NSDAP-Stimmen um 113% (Harleshausen), 178,7% (Niederzwehren) oder 169% (im gesamten Kreis) anwachsen, wenn gleichzeitig die Wähler der SPD um 9,1% (Kreis), 10,9% (Harleshausen) oder 21,9% (Niederzwehren) abnehmen und die kleinere Arbeiterpartei KPD lediglich um 35 (Kreis), 43,4 (Harleshausen) oder 51,2% (Niederzwehren) aufholt (wachstumsmäßig bleibt also die KPD weit hinter dem NSDAP-Anstieg zurück), dann muß die Bezeichnung „roter Wahlkreis“ zumindest für die Endphase der Weimarer Republik aufgegeben werden. Sie verallgemeinert die Er-

gebnisse einzelner Gemeinden (wie z. B. Ochshausen – vgl. Anm. 11, Bergshausen, Crumbach, Dittershausen, Frommershausen oder Nieste), übersieht damit aber den abrupten Einbruch (1930-1932) der nationalsozialistischen Sammlungsbewegung; beschönigend wird der für die Frühphase der Weimarer Republik geltende Eindruck der sozialdemokratisch-„rot“ dominierten politischen Kultur im Landkreis Kassel verlängert.

Wenn die Bezeichnung „roter Gürtel“ zurückgewiesen wird, um eine differenzierte und empirisch gehaltvolle Betrachtung der Krisenjahre (1929-1933) aufzunehmen, dann wird eine doppelte Tendenz zur Verallgemeinerung kritisiert:

- Die sozialdemokratische Vormacht der 20er Jahre darf nicht so überbetont werden, daß die Brüche dieser politischen Kultur¹² übersehen und damit auch die Einbruchsmöglichkeiten für das Anwachsen der KPD und die mangelnde Attraktivität für bürgerliche und bäuerliche Wähler herabgespielt werden.
- Die auch nach dem Erdrutsch der Reichstagswahl vom 14. 9. 1930 vielfach noch bestehenden relativen SPD-Mehrheiten, vor allem aber die rechnerisch konstruierten absoluten Mehrheiten für die um sozialen wie politischen Einfluß heftig konkurrierenden Arbeiterparteien SPD und KPD dürfen nicht direkt zur Charakterisierung des Gesamtkreises herangezogen werden (so wie es andererseits falsch wäre, die für die NSDAP phänomenalen Ergebnisse in der kleinen Landgemeinde Hertingshausen¹³ zu verallgemeinern).

Bevor die geforderte differenzierte Betrachtung in Form einer wahlanalytischen Skizze vorgestellt werden soll, sollen die Begründungen für die *folklore* der Redeweise vom „roten Gürtel“ vorgestellt und kritisiert werden.

Ein „roter Gürtel“ um Kassel?

Im Zentrum der Kritik an der Charakterisierung des Landkreises Kassel als eines „roten Wahlkreises“ steht das Argument, daß die alleinige Betrachtung der kumulierten Stimmen von SPD und KPD die Bezeichnung nicht begründet (zumal wenn sie auf unzureichender Datenbasis steht und methodisch unzulässig betrieben wird). Vielmehr müssen Sozial- und Politikgeschichte, Mikro- und Makroanalyse miteinander verknüpft werden, um die Wirkungsgrenzen „des“ Arbeiterlagers zu bestimmen. Ferner unterstreicht diese Kritik die Notwendigkeit, die Wahlanalyse selbst auf eine breitere empirische Grundlage zu stellen und den diesbezüglich defizitären Kenntnisstand zu überschreiten.

Elemente der Arbeiterkultur im Landkreis Kassel¹⁴

Um die Jahrhundertwende (besonders zu Beginn des 20. Jahrhunderts) steigt die Bevölkerung des Landkreises Kassel stark an (von 51 auf 62,5 Tausend zwischen 1890 und 1905). Einen erheblichen Anteil der Arbeiter der Kasseler Bau-, Verkehrs- und Metallbetriebe stellen die zahlreichen Pendler aus den verkehrsmäßig gut erschlossenen (teilweise seit 1900 per Straßenbahn zu erreichenden¹⁵) stadtnahen und -näheren Orte des dichtbesiedelten Landkreises Kassel¹⁶. Der Charakter der Gemeinden ändert sich von Land- zu Arbeiterwohngemeinden aufgrund der hohen Bevölkerungsmobilität, welche die

Sogwirkung des seit Ende des 19. Jahrhunderts entstehenden „industriellen Ballungsgebiets“ Kassel auslöst¹⁷. Viele der neuen Arbeiter wohnen wegen des Mangels an Wohnungen und der hohen Mieten in Kassel in den Landgemeinden, die so ihren Charakter als Bauerndorf teilweise verlieren. Selbst in kleineren Arbeiterwohngemeinden (z. B. Weimar) entwickeln sich „zwei Kulturen“, die sich durch unterschiedliche politisch-soziale und kulturelle Orientierungen auszeichnen.

Der Wandel vom Bauerndorf zur Arbeiterwohngemeinde reduziert den Anteil der landwirtschaftlichen Bevölkerung (Gegenüber z. B. den Landkreisen Fritzlar mit rund 40 %, Hofgeismar mit 41,3 % und Marburg mit 46,3 % liegt er 1933 im Landkreis Kassel bei 19,7 %). Parallel dazu, beeinflußt vom Rhythmus der Industrie und der Stadt, wandeln sich die Arbeits- und Zeitvorstellungen, die beruflichen Qualifikations- und Aufstiegsmuster und die Interessendurchsetzung vom persönlichen Regiment der Honoratioren zur (Massen)Organisation der Arbeiter. Träger dieses Wandels sind neben SPD und Gewerkschaften vor allem die zahlreichen arbeiterkulturellen Vereine, die auch die Bereiche der Freizeit und Feste organisieren.

An der Hochachtung für bäuerlich-geldlose Selbstversorgung und Krisenfestigkeit, vor der für das kleinbäuerliche und -handwerkliche Wirtschaften typischen Selbstausbeutung (die den Wert der eigenen Arbeit nicht als Lohn berechnet und keine Arbeitszeitbegrenzung kennt) sowie vor dem Einspannen der Frauen und Kinder in den Kreislauf zur wirtschaftlichen Reproduktion der Familie endet allerdings der Wandlungsprozeß. Auch die Arbeiter bleiben somit in den Sphären des Wohnens, der Wirtschaftsversorgung der Familie und der Krisenvorsorge vielfach vorindustriellen dörflichen Orientierungsmustern strukturell und normativ verbunden. Eine verbreitete und begehrte landwirtschaftliche Nebenerwerbstätigkeit als „Ziegen-“ und „Mondscheinbauer“ sowie die Einbindung in das dörfliche „Arbeitsleuteverhältnis“, das (zu Lasten der Arbeit der Arbeiterfrauen weitgehend bargeldlos) bäuerliche Spanndienste und Maschinenleistungen gegen die Arbeitszeit von Arbeitern (vor allem aber der Arbeiterfrauen und -kinder) tauscht, begrenzt den Wandlungsprozeß und die Tiefe der Konfrontation der beiden Kulturen¹⁸.

Letztlich erwächst aus den weiterhin konservierten landwirtschaftlichen Strukturen eine Einengung der Arbeiterkultur selbst, was beispielsweise die beibehaltenen traditionellen Geschlechtsrollen und Erziehungsformen belegen. Auch begrenzt die Krisenvorsorge durch eigenes Haus und Kleinparzelle sowie durch einen sicheren Stand in der „Arbeitsleuteordnung“ des Dorfes die politische und gewerkschaftliche Interessenartikulation und -vertretung; gerade die Krisenerfahrungen des Ersten Weltkrieges und der Weimarer Republik mit Hunger, Inflation und Arbeitslosigkeit veranschaulichen, daß im Widerstreit von Dorfgemeinschaft und Arbeitersolidarität die Vorzüge des Landes und des individuellen Arrangements am Arbeitsplatz nicht zu verachten sind; bedeuten sie doch entscheidend eine Aufwertung der Sachwerte des eigenen Häuschens und der eigenerzeugten Nahrungsmittel.

Die Analyse des „roten Gürtels“ muß diesen begrenzten Wandlungsprozeß berücksichtigen. Die dominierende Arbeiterkultur ist in den Arbeiterwohngemeinden des Landkreises Kassel eben nicht auf eine lange und gesicherte Tradition gegründet. Vielmehr ist sie Produkt einer in der Weimarer Republik noch andauernden Mobilität sowie sich ändernder Herrschaftsverhältnisse

und Deutungsmuster. Der politischen Dominanz der Arbeiterpartei SPD (wobei man lange noch mit deutschnationalen Bürgermeistern koalieren kann¹⁹⁾) steht die kulturelle und verbandliche Aufspaltung der Gemeinden gegenüber, z. B. in „Freie“ Arbeiter- und „Deutsche“ Turner, in „blaue“ und „rote“ Radfahrer (In der Endphase der Weimarer Republik verdoppelt sich zudem vielfach noch die Arbeiterkultur in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Zweig mit entsprechenden Vereinen wie Vereinslokalen). Die politische Vormacht der Sozialdemokratie korrespondiert negativ mit dem Weiterleben agrarisch-kleinbürgerlicher Arbeits- und Sicherheitsorientierungen sowie mit ebensolchen Eigentums- wie Arbeitsverhältnissen, Geschlechtsrollen und Erziehungsvorstellungen.

Diese Koexistenz von „proletarischer Moderne“ und „dörflicher Vergangenheit“ nimmt der beschworenen „roten Flut“ einen Großteil ihrer emanzipativen Sprengkraft (nicht aber der an sie gebundenen Ängste). Als es angesichts der vereinheitlichenden Krisenerfahrung in der Endphase der Weimarer Republik zu einer (klein)bürgerlich-agrarischen Sammlung um die NSDAP kommt, als somit die (klein)bürgerliche Opposition den Organisationsvorsprung der Arbeiterbewegung einzuholen beginnt und in Form der Wahl der NSDAP Anschluß an eine Massenorganisation gewinnt, da zerbricht die besagte Koexistenz, und die Grenze des Arbeiterlagers wird sichtbar.

„Rote“ Landräte?

Die Splitter des Nachlasses von Dr. Ferdinand Friedensburg, des Kasseler Regierungspräsidenten (1927-1933), im Bundesarchiv (Koblenz) und im Geheimen Staatsarchiv (Berlin-Dahlem), sowie die wenigen erhaltenen Stellenakten des Kasseler Landratsamtes für die Jahre 1868 bis 1939, in den Unterlagen des Freistaates Preußen (im Geheimen Staatsarchiv) und der Kasseler Regierung (im Hessischen Staatsarchiv Marburg), ermöglichen es, einen Blick auf die Rolle der Landräte im Landkreis Kassel zu werfen.

Seit 1919 stellt die SPD im Kreistag Kassel-Land bis 1929 die absolute Mehrheit der Mandatsträger. Mit 15 von 24 Sitzen erreicht die SPD 1921 62,5 % der Mandate, dies ist ihr bestes Wahlergebnis. In der letzten freien Wahl zum Kreistag stellt sie 1929 mit 14 von 25 Abgeordneten 56 % dieses Selbstverwaltungsgremiums. Ihr schlechtestes Ergebnis erreichen die Sozialdemokraten 1925; mit 52 % stellen sie jedoch auch in dieser Wahl die absolute Mehrheit. (1933 sind 40 % der Kreistagsabgeordneten Sozialdemokraten, denen 44 % nationalsozialistische Mandatsträger gegenüberstehen.) Trotz dieser starken Position verzichtet die SPD von 1919 bis 1930 darauf, einen Landrat ihrer Couleur zu stellen bzw. einen ihrer Partei angehörenden Beamten dem preußischen (sozialdemokratischen) Innenminister zur Ernennung vorzuschlagen.

Von 1908 bis 1930 ist Gottfried Rabe von Pappenheim Landrat des Landkreises Kassel. Er gehört der DNVP an, ist aber bei allen Parteien „hoch angesehen“, auch zwischen der SPD-Fraktion und dem Landrat herrscht bis 1930 – so der Regierungspräsident – eine „vertrauensvolle Zusammenarbeit“. Die 1929 gewählte sozialdemokratische Kreistagsfraktion besteht dabei zur Hälfte aus Bürgermeistern der Landkreisgemeinden (u. a. von Harleshausen, Großenritte, Oberkaufungen, Obervellmar).

Obwohl der Landrat als Beamter sein Amt „unparteiisch“ zu verwalten und

die Verfassung „gewissenhaft“ zu „beobachten“ hat (entsprechend Art. 78 der Verfassung des Freistaates Preußen vom 30.11.1920), werden noch 1927 im Landratsamt königlich-preußische Briefumschläge aufgebraucht, weswegen Rabe v. Pappenheim leicht gerügt wird.

Der Wahlerfolg der SPD (1929) und die einsetzende Weltwirtschaftskrise führen dazu, daß Rabe v. Pappenheim am 15.10.1930 als Kandidat der „Hessischen Arbeitsgemeinschaft“, einem konservativen Listenbündnis, zum Landeshauptmann gewählt wird. Der ehemalige Landrat steht damit den Selbstverwaltungsbehörden des Provinzial-Verbandes Hessen-Nassau (u.a. der Brandversicherung, der Landes-Hauptkasse, dem Landeskrankenhaus und der Landesbibliothek) vor. Mit den Stimmen der SPD wird Rabe v. Pappenheim zum Landeshauptmann gewählt, wodurch der Landratsposten frei wird.

Bereits im Sommer 1930, als sich dieser Wechsel schon ankündigt, plädieren sozialdemokratische Parteigremien und Abgeordnete dafür, daß ein Mitglied der SPD Landrat des Landkreises Kassel werden solle. Auch der Bericht zur Neubesetzung des Landratsamtes, den Regierungspräsident Friedensburg (DStP) am 17.10.1930 erstattet, empfiehlt – noch ohne namentlichen Vorschlag – dem sozialdemokratischen preußischen Innenminister, Carl Severing, „einen der SPD angehörigen Beamten“ und geht aufgrund der Mehrheitsverhältnisse und der bisherigen Kooperation mit einem Landrat der „Rechtsparteien“ von einem „Anspruch“ der SPD auf dieses Amt aus. Nachdrücklich hält Friedensburg in einem Brief an den preußischen Personalreferenten, Heinrich Brand (Zentrum), aber daran fest, daß die Entscheidung über die Besetzung des Landratsamtes „besonders fest“ in den Händen der Staatsregierung verbleibt. Lokale Parteigremien werden an der Auswahl und Bestellung nicht beteiligt.

Friedensburg bezeichnet in seinem Bericht – ebenso wie in einem flankierenden Schreiben an den zuständigen Sachbearbeiter (vom 24.10.1930) – vom 17.10.1930 den Landkreis Kassel als „schwierig“. Dieser größte Kreis des Regierungspräsidiums Kassel weise eine Mischstruktur von Arbeiterschaft und Landwirtschaft auf. Der zukünftige Landrat müsse deshalb eine „bewährte Persönlichkeit“ und ein besonders qualifizierter Beamter sein. Der Ausgleich zwischen industriellen und agrarischen Interessen sowie die hohe Arbeitslosenzahl werden als besonders problematische Arbeitsbereiche des Landrats erwähnt. Die Arbeitslosigkeit führe zur Verarmung der Gemeinden, was die Kommunalaufsicht und -verwaltung sehr erschwere.

Friedensburg erwähnt in diesem Bericht auch Differenzen zwischen der SPD des Landkreises und der Stadt Kassel, weshalb kein „Angehöriger der städtischen Parteiorganisation“ in Erwägung gezogen werden sollte (dieser Berichtspassage widerspricht der sozialdemokratische Kasseler Oberpräsident August Haas).

Am 31.10.1930 legt der Personalreferent im preußischen Innenministerium einen Wiederbesetzungsvorschlag der Landratsstelle vor. Dem Ministerpräsidenten wird Regierungsrat Dr. Karl Ohle (geb. 17.12.1897) von der Regierung in Oppeln vorgeschlagen, um ihm, zunächst kommissarisch, die Verwaltung des Landratsamtes in Kassel zu übertragen. Ohle wird als „besonders tüchtiger Beamter mit umfassenden und gründlichen Kenntnissen auf juristischem und wirtschaftlichem Gebiet“ vorgestellt. Neben Tätigkeiten im Landratsamt Waldenburg und bei den Regierungspräsidenten in Königsberg und Oppeln ist

Ohle 1929 ein halbes Jahr zur „informatorischen Betätigung“ beim ADGB beurlaubt worden. Er verfügt somit über die erforderlichen Voraussetzungen, um den notwendigen Ausgleich von Arbeiterschaft und Landwirtschaft zu bewerkstelligen. „Politisch gehört er zur SPD“, so daß Ohle sachlich und parteipolitisch den Bedingungen der Stelle entspricht.

Zum 14.11.1930 übernimmt Ohle kommissarisch das Landratsamt. Am 12.3.1931 schlägt der Kreistag vor, Ohle mit dem Amt selbst zu betrauen. In seinem Bericht vom 15.3.1931 schließt sich der Regierungspräsident diesem Vorschlag an und empfiehlt eine baldmögliche Ernennung.

Der Kreistag stimmt dem Vorschlag mit 23 gegen 2 Stimmen zu; zusätzlich zu den 14 Stimmen der SPD erhält Ohle auch die 6 Stimmen der „Hessischen Arbeitsgemeinschaft“; die 2 Mitglieder der „Wirtschaftspartei“ („Reichspartei des deutschen Mittelstandes“) und das Mitglied der DStP votieren ebenfalls für ihn. Der Regierungspräsident weist denn auch darauf hin, Ohle sei es in der bisherigen Amtstätigkeit „in sehr erfreulicher Weise“ gelungen, „das Vertrauen fast sämtlicher im Kreistag vertretenen Parteigruppen zu gewinnen“. Allein die beiden Kommunisten, beides Arbeiter aus Harleshausen, stimmen dem Ernennungsvorschlag nicht zu. Dabei handelt es sich – was der Regierungspräsident betont – um einen grundsätzlichen Widerspruch.

Ohle wird am 26.3.1931 zum Landrat ernannt. Auch nach der Zusammenlegung der beiden Landkreise Kassel und Wolfhagen zum neuen Landkreis Kassel (1.8.1932) wird Ohle als Landrat des neu gebildeten Landkreises am 29.8.1932 bestätigt. Friedensburg empfiehlt am 4.8.1932 dem Innenminister Ohle für den Landkreis Kassel, indem er ihn sehr positiv schildert und als geeignet für einen ländlichen oder stadtnahen Kreis vorstellt. 14 Tage nach dem sog. „Preußenschlag“ (20.7.1932), d. h. nach der Amtsenthebung der sozialdemokratisch geführten preußischen Regierung durch einen konservativ-autoritären Reichskommissar (i. e. Reichskanzler Papen, vertreten durch Franz Bracht) relativiert Friedensburg Ohles Parteizugehörigkeit:

Ohle gehört der SPD an, agitiert aber nicht, tritt auch in seiner Parteieigenschaft sonst nicht hervor.

Der neue preußische Innenminister entläßt im Gefolge des „Preußenschlages“ mehrere Beamte, u. a. werden der sozialdemokratische Kasseler Polizeipräsident, Dr. Adolf Hohenstein, und der ebenfalls der SPD angehörende Polizeivizepräsident Schöny in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Der demokratische Regierungspräsident Friedensburg entgeht wegen familiärer Beziehungen zum Staatskommissar Bracht der Absetzung, erhält allerdings einen neuen Vizepräsidenten zugeordnet. Bezüglich Ohle übernimmt der Innenminister Friedensburgs Argumentation. Bei der Ernennung und Bestätigung wird Ohle als SPD-Mitglied gekennzeichnet, gleichzeitig sei er „jedoch ein tüchtiger und gut qualifizierter Beamter, dessen unparteiische Amtsführung auch von seinen politischen Gegnern anerkannt wird“.

Zum 3.3.1933 wird von dem neuen Staatskommissar Göring ein neuer Regierungspräsident, v. Monbart, eingesetzt. Dieser steht der DNVP nahe, gilt aber auch als zuverlässiger Anhänger der NSDAP. Allerdings ist er zunächst Verwaltungsbeamter und tritt „keineswegs als nationalsozialistischer Scharfmacher“ (Th. Klein) auf. Wie „rot“ aber ist Landrat Ohle, vor dem die NSDAP den preußischen Reichskommissar Hermann Göring mit Telegramm vom 14.3.1933 warnt? Der „rote (...) Landrat und (die) rote(n) Bürgermeister (im)

Landkreis Kassel", auf die Göring vom NSDAP-Kreistagsabgeordneten Heinrich Peter (aus Mönchehof) telegrafisch aufmerksam gemacht wird, begehen aus Sicht der NSDAP „Aktenbeseitigung aus Furcht vor Aufklärung". Ohle wird ohne sachlichen Grund am 25. 3. 1933 in den Ruhestand versetzt.

Nachdem die Kasseler NSDAP-Gauleitung Anfang April „den Wunsch" äußert – so der Regierungspräsident (am 4. 4. 1933) –, das Landratsamt mit Fritz Lengemann zu besetzen, wird Lengemann am 8. 4. zum kommissarischen und am 9. 6. 1933 zum Landrat ernannt. Lengemann ist Büroinspektor, vor allem aber ist er Leiter einer Kasseler NSDAP-Ortsgruppe, Kasseler Stadtverordnetenvorsteher, stellvertretender Gauleiter der NSDAP Hessen-Nassau-Nord und seit Juli 1932 Reichstagsmitglied der NSDAP.

Nachdem Regierungspräsident Friedensburg am 11. 2. beurlaubt und am 15. 2. 1933 durch den Reichskommissar Göring in den einstweiligen Ruhestand versetzt worden ist, beantragt sein Nachfolger mit Bericht vom 16. 3. 1933 beim preußischen Innenminister die Abberufung Ohles.

Dieser Bericht (GStA Rep. 77/4840, S. 30 ff.), erstattet vom Regierungsvizepräsidenten Jersche, liefert eine zusammenfassende Würdigung der unparteiischen und fachkompetenten Amtsführung Ohles, weshalb er vollständig zitiert werden soll. Ohles SPD-Mitgliedschaft wird durch diesen Bericht ebenso relativiert, wie dies anlässlich der Bestätigung im Landratsamt schon im August 1932 geschehen ist. Der Berichtsantrag vom 16. 3. 1933 auf Abberufung des Landrats Dr. Ohle in Kassel lautet:

Wie allgemein angenommen wird, ist Landrat Dr. Ohle, wenn nicht Mitglied der SPD, so doch ihr sehr nahestehend. Offenbar war er selbst bemüht, sich in seiner Amtsführung von der Parteipolitik fern zu halten. Diesem Umstand in Verbindung mit seiner anerkannten Tüchtigkeit, Tatkraft und Gewandtheit ist es zuzuschreiben, daß seine Tätigkeit als Landrat (seit Ende 1930) in weiten, und zwar selbst in rechts stehenden Kreisen Billigung und Anerkennung findet. Selbst bei dieser wohlwollenden Beurteilung herrschen aber gegen ihn begreiflicherweise doch Befremden und Mißtrauen, da seine heutigen Anordnungen mit seiner bisherigen politischen Einstellung kaum vereinbar erscheinen. Sodann wird obiger Beurteilung aufs schärfste widersprochen von den hiesigen maßgebenden Führern der NSDAP. Diese führen es auf seinen Einfluß zurück, daß in vielen Gemeinden des Kreises als Bürgermeister, Schlosser u. dergl. Angehörige der SPD gewählt und bestätigt worden sind[hierin könnte eine Anspielung auch auf Carl Severing bestehen, E. H.], sie machen ihn mitverantwortlich dafür, daß tatsächlich in einer größeren Zahl von Gemeinden die Geschäftsführung zum mindesten unordentlich und mangelhaft war, es daher an hinreichender Aufsicht oder rechtzeitigem Eingreifen gefehlt habe. Schließlich wird ihm zur Last gelegt, daß er in der eigenen Kreisverwaltung, und selbst bei der Verwaltung der Kreissparkasse Parteipolitik zu Gunsten der SPD und ihrer Einrichtungen getrieben habe. Die Prüfung von Einzelfällen aus Anlaß von Beschwerden und dergl. hat ergeben, daß die Behauptungen bei solchen Angriffen oft nicht nachweisbar oder übertrieben waren und jedenfalls dem Landrat ein direktes Verschulden nicht zur Last gelegt werden konnte, vielmehr häufig sein schnelles und wirksames Vorgehen Anerkennung verdiente.

Unter den heutigen Verhältnissen kann indessen die Frage, wie all die erhobenen Vorwürfe zu beurteilen sind, zurücktreten gegenüber der Tatsache, daß Landrat Dr. Ohle nach seiner bisherigen Einstellung allgemein als Exponent der frühen Linksregierung gilt und er daher im überwiegenden Teil der nationalen Bevölkerung stärkstem Mißtrauen begegnet. Es vergeht kaum ein Tag, ohne daß gegen ihn in der Öffentlichkeit, namentlich in der hiesigen nationalsozialistischen Zeitung, die schärfsten Angriffe erhoben werden. Die Führer dieser Bewegung haben zudem ausdrücklich erklärt, daß sie sein Verbleiben in der hiesigen Amtsstelle keinesfalls dulden werden. Unter diesen Umständen halte ich es für geboten, Landrat Dr. Ohle baldmöglichst von seinem hiesigen Amt abzurufen, wobei ich jedoch empfehle, die Frage einer späteren anderweitigen Verwendung ausdrücklich offen zu lassen.

Diesem Berichtsantrag vom 16. 3. wird am 25. 3. 1933 entsprochen. Ohle wird letztlich auf „Wunsch" der NSDAP-Gauleitung beurlaubt; er wird der „früheren Linksregierung" zugerechnet, auch wenn die parteipolitischen Verdachtsmomente der NSDAP sachlich „nicht nachweisbar" sind. Der zitierte Bericht des Mitte Februar 1933 personalpolitisch bereits „gleichgeschalteten", immer aber noch sachkompetent argumentierenden Regierungspräsidenten

weist die Haltlosigkeit der NSDAP-Angriffe gegen den „roten Landrat“ nach. Dieser Bericht betont, daß der parteipolitisch nicht hervorgetretene Landrat „selbst in rechtsstehenden Kreisen Billigung und Anerkennung“ gefunden hat; ähnlich wird im März 1931 bereits erwähnt, Ohle habe „das Vertrauen fast sämtlicher im Kreistag vertretenen Parteigruppen“ genossen, nur die Kommunisten haben dem Ernennungsvorschlag nicht zugestimmt. (Im 1929 gewählten Kreistag ist allerdings die NSDAP noch nicht vertreten.)

Die sozialdemokratische Politik des Kreistags widerspricht damit ebenfalls der Charakterisierung des Landkreises Kassel als „rot“. Bis 1930 wird mit einem konservativen Landrat zusammengearbeitet, danach wird ein parteipolitisch inaktiver Beamter ernannt, dem kein Handlungsspielraum mehr zur Verfügung steht, um – wenn er es überhaupt wollte – sozialdemokratische Positionen zu entfalten.

Ohles Landratstätigkeit beschränkt sich auf eine korrekte Amtsführung und auf ein sozialpolitisches Engagement, das auf das Elend der ausgesteuerten Arbeitslosen und auf den durch die Wohlfahrtsausgaben bedingten „Not-schrei der Landgemeinden“ hinweist. Ebenso wie einzelne sozialdemokratische Bürgermeister (z. B. Gottfried Trippel aus Oberzwehren) verzichtet Ohle Ende 1931 auf seine Dienstaufwandsentschädigung (was eine Gehaltskürzung von 44% bedeutet), um die Lage der von den Gemeinden unterstützten „Wohlfahrtserwerbslosen“ zu verbessern.

Gleichzeitig geht der Landrat als kommunale Aufsichtsbehörde gegen solche Gemeinden (z. B. Wolfsanger) vor, die – bedroht von finanziellem Ruin – einzelne Steuern nicht „beitreiben“ und Staatssteuern nicht abführen, sondern zur Unterstützung von Wohlfahrtsempfängern verwenden. In solchen Zusammenhängen setzt Ohle fünf kommissarische Bürgermeister ein, wobei vier sozialdemokratische Bürgermeister amtsenthoben werden. Mit Bericht vom 13. 2. 1933 nimmt deswegen der Regierungspräsident Ohle ausdrücklich gegen eine kleine Anfrage des Kasseler NSDAP-Landtagsabgeordneten Karl Weinrich in Schutz. Der Vorwurf gegen den Landrat sei „völlig unbegründet“, vielmehr sei der Kasseler Landrat „mit aller Energie bemüht ..., die Finanzverhältnisse der seiner Aufsicht unterstehenden Gemeinden in Ordnung zu bringen“.

Während der Weltwirtschaftskrise und angesichts der steuer- und verwaltungsrechtlichen sowie finanzpolitischen Strukturdaten steht dem Landrat kein eigener sozialdemokratischer Handlungsspielraum zur Verfügung. Ein solcher Spielraum könnte nur durch unkorrekte Amtsführung gewonnen werden, dies aber vermeidet Ohle als preußischer Beamter. Letztlich verbleiben ihm nur symbolische Gesten, wie die „Kölnische Zeitung“ (vom 28. 8. 1931) seine Gehaltskürzung kommentiert. Auch eine einmalige Anordnung von „Sonntagsdienst“ am 1. Mai 1931 ist eine solche Geste. Nachdem diese Geste „in der Bevölkerung, namentlich in Beamtenkreisen“, erheblichen Widerspruch erregt und vom Regierungspräsidenten (mit Bericht vom 13. 5. 1931) als „abwegig“ bewertet wird, wird erst am 1. Mai 1933 wieder ein „Tag der deutschen Arbeit“ gefeiert.

Auch die personalpolitische Besetzung des Landratsamtes und die den engen Rahmen des Beamten-, Verwaltungs- und Kommunalrechts strikt befolgende Verwaltungstätigkeit des 1930 ernannten sozialdemokratischen Landrats können somit nicht den Ruf eines „roten Kreises“ begründen. Die Praxis

des sozialdemokratischen Landrats verweist auf das Dilemma einer sozialdemokratischen Kommunalpolitik unter solchen Rahmenbedingungen, die eine sozialdemokratische Akzentuierung der Verwaltungsmaximen kaum zuläßt.

Der „rote Wahlkreis“ – eine Fiktion

Heinrich August Winkler resümiert seine Ausführungen zu Arbeiterkultur, Arbeiterbewußtsein und zur Durchsetzungsmöglichkeit der Arbeiterklasse in den „goldenen Jahren“ der Weimarer Klassengesellschaft dahingehend, daß proletarischer Klassenkampfgedanke und marxistische Gesellschaftsauffassung – gleichviel, ob in sozialdemokratischer oder kommunistischer Spielart – nicht mehrheitsfähig sind, daß ein erheblicher Prozentsatz *der* Arbeiter sogar eine bürgerliche Partei (besonders Zentrum und DNVP) wählt²⁰. – Wie wird demgegenüber begründet, daß sich der Landkreis Kassel „als Hochburg der Arbeiterbewegung“ sogar in den 30er Jahren bewährt, und wie beweiskräftig sind diese Ausführungen?

Ansätze einer Begründung liefert Jürgen Höpken mit historischen Hinweisen auf die herausragende Bedeutung einzelner Orte des Landkreises (z. B. Ihringshausen, Niederzwehren, Wolfsanger) für den Ablauf der Novemberrevolution 1918 in Kassel²¹. Die Funktion dieser Orte für den gesamten Kreis wird aber nicht bestimmt; dies gilt auch für wahlanalytische Betrachtungen zum Wahlverhalten (1919-1921) in Ihringshausen und Wolfsanger²². Inwieweit der Landkreis von der „traditionell gemäßigten Grundhaltung der breiten Mehrheit der Kasseler Arbeiterschaft“²³ – z. B. von der Kasseler Sozialdemokratie, die sich als „Volkspartei“ versteht²⁴ – geprägt wird, inwiefern die vereinzelte Radikalisierung ungelernter Arbeiter (1918/19)²⁵ ebenso Episode geblieben ist wie der Gewinn bürgerlicher Wähler, die bereits 1920 wieder von der Sozialdemokratie zur DVP und DNVP zurückwandern²⁶, solche Fragen werden mit Bezug auf den gesamten Landkreis nicht verfolgt. Die Bedeutung der geschichtlichen Einzelhinweise muß deshalb niedrig veranschlagt werden, zumal sich keinerlei Angaben über besondere politische Reformen im Kreis als Folge der sozialdemokratischen Wahlgewinne von 1919 finden lassen²⁷.

Die historischen Hinweise Höpkens bleiben isoliert. Abgesehen davon, daß sie sogar die Skepsis gegenüber einer inhaltlichen Bestimmung des Landkreises durch politische Reformen nähren, werden alle sozialgeschichtlichen und -kulturellen Fragen, Attraktivität, Akzeptanz, Verankerung und Konsequenz der in den Wahlen gewonnenen Arbeitermajorität (von maximal 75,9% am 19.1.1919) zu untersuchen, ausgespart.

Während für den Zeitraum der 20er Jahre ausführlichere Arbeiten, etwa über die sozialdemokratische Personal- und Kommunalpolitik im Kreis fehlen, verwenden mehrere Autoren für die Jahre der Weltwirtschaftskrise und des Aufstiegs der NSDAP bis hin zur „Machteinsetzung“ der NS-Oligarchie in die „Regierung des nationalen Zusammenschlusses“ (bestehend aus drei Nazis und sieben Konservativen) den Ausdruck „roter Wahlkreis“, um den besonderen Charakter des Landkreises Kassel gegenüber der Stadt Kassel und dem Reich zu charakterisieren.

Wenn in NSDAP-Selbstdarstellungen die Niederlage in den „stockroten Nestern“ beklagt wird, so betont diese Argumentation zwar die Schwierigkeiten bei der Gründung von Ortsgruppen im Landkreis²⁸ und die gewaltsamen

Konflikte mit Anhängern der Arbeiterparteien (z. B. in Harleshausen, Ochshausen und Weimar); diese Hinweise auf strukturell bedingte Organisationsprobleme weisen gleichwohl nur auf allgemeine Hindernisse der NSDAP in nicht kleinbäuerlich und kleingewerblich bestimmten Regionen hin. So wie der Landkreis Kassel Aufmarsch- und Propagandagebiet der Kasseler SA gewesen ist, so sind z. B. Taunus, Odenwald und Rheinhessen Ziel der Propagandamärsche der SA aus Frankfurt, Offenbach und Darmstadt²⁹. Immer wird die nationalsozialistische Landagitation als Konzentration umliegender städtischer SA-Propagandatrupps durchgeführt (Jeremy Noakes bezeichnet diese Werbetrupps in seiner Studie über die NSDAP in Niedersachsen zutreffend als *shock troops*); die mobile NSDAP mit ihrer gewaltaktiven Unterorganisation SA kann so den mehr ortsgebundenen Arbeitern und Bauern der Landgemeinden ihre geballte Macht zeigen.

Dies ist ein allgemeines Muster des nationalsozialistischen Strebens um öffentliche Präsenz („Kampf um die Straße“). Die entsprechenden Hinweise der kurhessischen SA und der Kasseler Kreisleitung betonen jenseits des allgemeinen Hinweises auf „Grenzen des nationalsozialistischen Vormarsches“ (Schön) in Arbeiterregionen zusätzlich lediglich die ganz besonderen Schwierigkeiten in den arbeiterkulturell-dominierten Gemeinden des Landkreises Kassel. Es handelt sich bei diesen sowieso dürftig belegten NSDAP-Hinweisen um das Aufzeigen einer allgemeinen Propagandastrategie und um das für die NSDAP bis 1933 ebenfalls durchgängig ihr Stadt-Land-Verhältnis bestimmende Nebeneinander einer relativ kleinen Zahl engagierter Aktivisten und einer weitaus größeren Zahl von Anhängern, insbesondere von Wählern³⁰.

Außer in NSDAP-Berichten über die „Kampfzeit“ bis 1933 propagieren einige Wahlbetrachtungen den Charakter des „roten Wahlkreises“. Solche Betrachtungen von Christine Fischer-Defoy und Wilhelm Frenz sind Teil größerer Arbeiten zu anderen Themenstellungen, behandeln deshalb den Landkreis Kassel mehr am Rande. Sie stützen sich zunächst auf einige durchaus evidente Beobachtungen.

Im Vergleich zur Stadt Kassel, zu den beiden hessischen Reichstagswahlkreisen 19 und 33 und zum Deutschen Reich weist der Landkreis Kassel einen höheren Anteil an Arbeiterstimmen und meistens (bis auf 1932 im Vergleich zum Reichsdurchschnitt) einen niedrigeren NSDAP-Stimmenanteil auf. Bemerkenswert sind insbesondere die deutlichen Unterschiede zur Stadt Kassel, wo die NSDAP seit 1928 überdurchschnittliche Wahlerfolge erzielt³¹.

**Unterschiede der Stimmenanteile (%)
von NSDAP, SPD und KPD in Kassel Land und Stadt
(Reichstagswahlen 1928–1933)**

	1928	1930	1932.7	1932.11	1933
NSDAP	-2,1	-10,4	-4,0	-8,6	-5,6
SPD	15,8	14,3	10,4	10,0	12,2
KPD	1,8	4,1	5,1	5,8	4,4

So wie die Unterschiede zwischen Stadt- und Landkreis Kassel eindeutig sind, so muß (was Fischer-Defoy verschweigt) der ebenfalls augenscheinliche Tatbestand erwähnt werden, daß die NSDAP im Landkreis Kassel am 6. 11. 1932 mit einer Differenz von 2,6 Prozentpunkten vor der SPD zur wählerstärksten Partei avanciert (nachdem sie am 31. 7. 1932 mit 0,4 Differenzpunkten von der SPD gerade noch abgefangen werden konnte). Ferner muß die Stabilität der im April und Juli 1932 gewonnenen (Wechsel-)Wähler erwähnt werden. Während im Reich die NSDAP Ende 1932 gut 2 Millionen bzw. 14,8% ihrer Wähler wieder verliert, vollzieht sich dieser Einbruch in Kassel ($-3,1 \Delta\%$), noch mehr aber im Landkreis ($2,9 \Delta\%$) vergleichsweise moderat. Es paßt zu dieser Beobachtung, daß der Landkreis in beiden Reichstagswahlen mit 1,1 bzw. 4,8 Prozentpunkten den NSDAP-Reichsdurchschnitt übertrifft.

Christine Fischer-Defoy erwähnt zur Begründung der Charakterisierung des Landkreises Kassel als eines „roten Wahlkreises“ Ergebnisse der Wahlen des Jahres 1932 und vor allem die Reichstagswahl vom 6. 11. 1932³². Der Stellenwert dieser Wahl wird nicht erläutert. Ebenfalls ist es kritikwürdig, wenn sich Fischer-Defoy ohne Beachtung des relativen Abschneidens der NSDAP in allen Gemeinden auf diejenigen neun Kleingemeinden stützt, in denen die NSDAP 49% und mehr der Stimmen erhalten hat. Ohne methodische Absicherung wird sodann beurteilt, die NSDAP hätte „lediglich in kleineren Orten mit 100-400 wahlberechtigten Einwohnern hohe Stimmergebnisse“ erzielt³³. So läßt sich das Gesamturteil über den Landkreis nicht begründen.

Wilhelm Frenz betrachtet die beiden Reichstagswahlen 1932. Er übernimmt – wenngleich vorsichtiger formuliert – die These vom NS-Erfolg „insbesondere in kleineren und mehr ländlich strukturierten Dörfern“³⁴, weist zugleich aber auf NSDAP-Wahlergebnisse zwischen 20 und 33% in „16 Arbeiterwohngemeinden in der Nähe Kassels“ hin. Frenz nimmt jedoch ebenfalls keine Gewichtung der absoluten Stimmen für die NSDAP nach Gemeindegrößenklassen vor, so daß auch er (wie Mehmet und Fischer-Defoy) die Stimmenverhältnisse nicht bewerten kann. Das Urteil über den „roten“ Landkreis Kassel stützt sich auf die im Vergleich zur Stadt Kassel „wesentlich ander(e)“ Sozialstruktur und insbesondere auf „absolute Wählermehrheiten der Arbeiterparteien“ in einer Mehrheit der Gemeinden des Landkreises Kassel. Aus der Addition der Stimmen für die Arbeiterparteien SPD und KPD ergibt sich für Frenz eine „eindeutige absolute Mehrheit der Wähler“, die bis 1933 das Ziel der NSDAP verhindert (nämlich „die ... stockroten Nester um Kassel herum“ zu erobern, wie aus der Geschichte der kurhessischen SA zitiert wird).

Die Betrachtung derjenigen historisch-sozialwissenschaftlichen Argumentationen, die sich für die Charakterisierung des Landkreises Kassel als „rot“ aussprechen, ebenso wie diejenige der NS-Selbstdarstellungen, welche eigene Entschlossenheit und Opferbereitschaft durch das Bild eines fast omnipotenten Feindes glorifiziert und so gleichzeitig die eigenen Gewaltaktionen und Unterdrückungsmaßnahmen legitimiert, zeigt, wie berechtigt es ist, die Thesen vom „roten Wahlkreis“ bzw. der „Hochburg der Arbeiterbewegung“ anzuzweifeln.

In der Regel werden einzelne Erscheinungsmomente (besonders einzelne Wahlen und einzelne Gemeinden) verallgemeinert und ohne ausreichende empirische Datengrundlage auf den Gesamtkreis bezogen. Partielle Evidenzen der Wahlentwicklung werden als das Ganze ausgegeben und somit in ih-

rer relativen Bedeutung für den Landkreis insgesamt nicht erfaßt. Sozialkulturelle und politisch-kulturelle Argumente werden bestenfalls angedeutet (Höpfken).

Auch die Addition von SPD- und KPD-Stimmen wird nicht weiter begründet. Zumindest von den größten Gemeinden Harleshausen und Niederrhede ist aber bekannt, daß sich KPD und SPD politisch befeinden³⁵; von Kassel her ist bekannt, daß beide Arbeiterparteien in der Weimarer Zeit unterschiedliche Sozialmilieus entwickeln (Stichworte: älterer sozialdemokratischer Facharbeiter – jüngerer kommunistischer Arbeitsloser)³⁶. Die schlichte Addition von SPD und KPD wird ohne begründende Hinweise zur Einheit der Arbeiterkultur im Landkreis Kassel vorgenommen und suggeriert die letztendliche politisch-soziale Einheit der Arbeiterklasse; angesichts des tatsächlichen Antagonismus und der Verdopplungstendenzen muß dies zurückgewiesen werden.

Fazit: die Charakterisierung des Landkreises Kassel als „roter Gürtel“ ist mehr als *folklore*, denn als wissenschaftlich begründetes Urteil anzusehen. Dem rapiden Aufstieg der NSDAP auch im Kreisgebiet mißt diese Sichtweise zu wenig Gewicht bei. Diese Mißachtung und Unterschätzung drücken sich auch in der Charakterisierung der NSDAP-Mitglieder aus. Die sich in den Wahlziffern widerspiegelnde große Attraktivität der NSDAP kann nicht „gewürdigt“ und angemessen analysiert werden, wenn die NSDAP aus proletarischer Sicht tendenziell als „Lumpenproletariat“, „verkrachte Existenzen“ und „Bauernjungen“ gesehen und als „Drecksäcke“ sowie „Abschaum“ mit „moralischer Ver lumpung“ aufgefaßt wird³⁷. (Diese Deutung aus den unterlegenen Arbeiterparteien dient eher der Legitimation der eigenen Rolle als sozialwissenschaftlicher Beschreibung und Analyse, sie korrespondiert negativ mit der angesprochenen NS-Selbstdarstellung aus der „Kampfzeit“.)

II.

Die Endphase der Weimarer Republik im Spiegel der Reichstagswahlergebnisse des Landkreises Kassel

A

Politische Kultur und politisches System: Tradition und Moderne

Wahlergebnisse bzw. die summierten (aggregierten) Ergebnisse des Wahlverhaltens von Individuen (vereinigt – also aggregiert – auf der Ebene der Einzelgemeinden und des Landkreises Kassel insgesamt) werden aufgefaßt als eine vielfältig bedingte Reaktion auf die politisch-sozialen Strukturen, Ereignisse und Eindrücke aus der näheren und weiteren Lebensumwelt (zufolge etwa der Reihung: Gemeinde, Kreis, Stadt und Regierungsbezirk Kassel, Land Preußen, Deutsches Reich). Die komplexe Ausdrucksweise, sich „politisch“ zu verhalten, findet auf unterschiedlichen Aggregatebenen einen je unterschiedlichen Ausdruck, weil sie Produkt der vor Ort konkretisierten Überschneidung lokaler, regionaler und reichsweiter Strukturen und Organisationen ebenso wie individueller, familialer und sozialer Orientierungen ist.

Wahlergebnisse werden hier in Form des aggregierten Abstimmungsverhaltens sozialräumlicher Einheiten betrachtet (insbesondere handelt es sich

um die Gebietskörperschaften im Landkreis Kassel, die politisch, sozial und kulturell selbstverständlich keine Einheiten darstellen, sondern jeweils das spezifische Produkt differenzierten Individual-, Gruppen- und Organisationsverhaltens sind). Die Wahlergebnisse sind das komplexe Produkt einer politisch gerichteten Reaktion der Wahlberechtigten, also der über 20 Jahre alten Männer und Frauen. Dieses Produkt ergibt sich aus der kurzfristigen Abwägung zwischen den Werten, Normen, Organisationen und institutionellen Bestimmungen, welche die Individuen und sozialen Gruppen in den verschiedenen Bereichen ihrer Lebenswelt langfristig beeinflussen.

Als Einflußfaktor der Stimmabgabe ist vor allem hinzuweisen auf das normative und organisierte Angebot an Deutung und Praxis, das die politischen Parteien und deren mindestens 25jährige Kandidaten (im Verhältnis aller konkurrierenden Parteien untereinander) als ein mehr oder weniger durchorganisiertes und permanent agierendes Subsystem vor Ort (aber auch im Kreis, in Kassel, dem Land und im Reich) offerieren und vorleben. Dieser Beeinflussungsbereich spielt seine Rolle im Wahlkampf, in dem die politischen Organisationen bemüht sind, ihre Angebote positiv zu profilieren, um sich in dem für Preußen und das Reich geltenden Verhältniswahlrecht optimal durchzusetzen.

Wahrnehmung und Beurteilung derartiger parteipolitischer Angebote ebenso wie die letztliche Reaktion in Form der Stimmabgabe werden im überschaubaren, stärker personalisierten und direkter rückgekoppelten bzw. kontrollierten Raum der politischen Kultur (und des sozioökonomischen „Arbeitsleuteverhältnisses“) in den Gemeinden des Landkreises Kassel bevorzugt durch die sowohl informell prägenden als auch formell organisierenden Beziehungen der Individuen, Familien und sozialen Gruppen zu Arbeit, Reproduktion und Freizeit im Ort bestimmt. Familiäre Traditionen und die sozialkulturelle Reputation der sekundär erst politisch wahrgenommenen Kandidaten spielen dabei selbst in den Arbeiterwohngemeinden noch eine prägende Rolle; das politische System der Massenorganisationen wird so mit starken parochialen Rückverweisen auf die vormoderne Tradition personaler Bindungen angereichert (wenn nicht im Einzelfall sogar überlagert). Die lebensweltlichen Verankerungen und entsprechende Traditionsbestandteile des politischen Systems spielen noch in der Weimarer Zeit eine wichtige Rolle; die informelle Ausstrahlung dieser Bereiche dürfte vielfach sogar ausschlaggebender sein als die formalisierte politische Konkurrenz der parteilichen Programmangebote. Die sozialen und kulturellen Räume mit ihrer Auswirkung auf Traditionen, Deutungen und Verhalten wirken vor der Politik, strukturieren gleichwohl aber „das Politische“ in der Gemeinde.

Die politische Kultur einer Gemeinde äußert sich wesentlich im Angebot an Vereinen, in der Multiplikatorenrolle vorbildlicher Meinungsführer und im sozialen Ansehen von Familien (*clans*). Erst im Zusammenspiel mit solchen informellen Bestimmungsgründen funktioniert auf der Gemeindeebene das politische System selbst, das von eher nachgeordneter und sekundärer Bedeutung ist. Dies trifft auch für die Beziehung von Arbeiterkultur und Arbeiterparteien zu (vor allem kommt die *new comer* – und radikalere Protestpartei dieses Lagers, die KPD, dort zur Wirkung, wie z. B. Harleshausen und Weimar zeigen, wo sie über angesehene Meinungsführer und Familienverbindungen verfügt und in der proletarischen Vereinskultur verankert ist bzw. eine ent-

sprechende Gegenkultur aufbaut), obwohl die Arbeiterparteien (und neben ihnen nur noch die von Kassel aus präsente NSDAP) als permanenter formeller Organisationsbezug existieren. – Daß dieses alltägliche Beziehungsgeflecht auch den Anstieg der NSDAP-Wählerstimmen beeinflusst, ist aus Lokalstudien bekannt³⁸, läßt sich mangels entsprechender Forschungen für die Gemeinden des Landkreises Kassel aber nicht konkret nachvollziehen (diesbezüglich wirkt sich die beschriebene Aufmerksamkeitsrichtung der Arbeitervertreter negativ aus).

Zur Vorgehensweise und zu den Grenzen der Wahlbetrachtung

Den Eingangsüberlegungen würde ein komplexer Ansatz der analytischen Verknüpfung von Wahldaten, kollektiven Deutungsmustern, organisiertem (politischem) Meinungs- und Praxisangebot sowie individuellem Verhalten entsprechen. Dieser Weg wird hier nicht beschritten, da ihn die Datenlage nicht zuläßt. Alle Fragen nach dem „Warum“ der individuellen Wahlentscheidung müssen mangels entsprechender nicht-aggregierter Individualdaten aus der Umfrageforschung zurückgestellt werden. Bezüglich der Gründe für das Wahlverhalten sozialer Gruppen können ebenfalls nur plausible, nicht aber abschließende Antworten gegeben werden.

Die amtliche Statistik faßt die verschiedenen Merkmalsausprägungen (wie Stimmabgabe, Berufszugehörigkeit usw.) sozialer Gruppen zusammen, in diesen Aggregatdaten gehen die individuellen Merkmale auf und unter. Gleichgültig wie zahlreich die Aggregatgruppe ist bzw. wie klein auch die zugrundeliegende sozial-räumliche Erfassungseinheit sein mag, so ist es prinzipiell unmöglich, von aggregierten Daten direkt auf individuelles Verhalten zurückzugehen. – Die notwendigen Individualdaten ließen sich nur von heute aus etwa durch eine zurückblickende Meinungsbefragung älterer Mitbürger erstellen, wobei die Probleme eines derartigen (wünschenswerten) Verfahrens hier nicht erörtert werden können.

Gestützt auf die amtliche Wahlstatistik der Reichstagswahlen 1928 bis 1933, der beiden Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl 1932 und auf die von Kasseler Zeitungen überlieferten Einzelergebnisse der 46 Gemeinden des Landkreises Kassel³⁹ wird hier der reduzierten Frage nachgegangen, wer welche Partei gewählt hat. Der (wie geschildert) desolate Forschungsstand sowie die für den Landkreis Kassel sowie für seine Einzelgemeinden sehr lückenhafte Überlieferung der amtlichen Volks-, Berufs- und Betriebszählungen (1925, 1933) und der Daten zur Erfassung der beruflichen und sozialen Gliederung der Bevölkerung (Arbeitslosigkeit, Konkurse usw.) setzt aber auch einer sog. ökologischen Wahlanalyse enge Grenzen.

Eine solche Analyse fragt nach dem Zusammenhang zwischen Stimmblocken und den sozioökonomischen Merkmalen der Umwelt, in der die Wähler leben. Diesbezüglich sind gerade sozial vergleichsweise homogene und kleine Aggregatebenen – wie die Gemeinden – interessant, unterschreiten derzeitige Wahlanalysen in der Regel doch nicht die Ebene der Landkreise oder Regierungsbezirke⁴⁰. Die ökologische Wahlanalyse wird bezüglich des Landkreises Kassel durch den schlechten Überlieferungsstand der amtlichen Statistik und durch das Nichtvorhandensein einer Sammlung politischer Daten⁴¹ entschei-

dend begrenzt. Der Frage, wer wen wählt, kann deshalb ebenfalls nur sehr vorsichtig nachgegangen werden.

Zu beobachten sind die globale Entwicklung der Parteien und politischen Lager, die Besonderheiten des Landkreises Kassel gegenüber dem Reichsdurchschnitt, einzelgemeindliche „Ausreißer“ vom Kreisdurchschnitt und die generellen Mobilisierungseffekte und Wanderungsströme derjenigen Wählergruppen, die von 1930 auf 1932 den Erfolg der NSDAP bedingen. Schließlich können die Wahlergebnisse nach Ortsgrößenklassen aufgegliedert werden. Diese Klassenbildung ermöglicht für das Jahr 1933 die Analyse der Beziehungen zwischen Wahlverhalten, Gemeindegrößenklasse und dem Anteil der land- und forstwirtschaftlich tätigen Bevölkerung in den Orten der jeweiligen Größenklasse des Landkreises Kassel.

Der Mangel an Individual- und aggregierten Sozialdaten macht es unmöglich, Strukturen und subjektives Verhalten, aber auch soziale Verhältnisse und politische Verhaltensweisen systematisch miteinander zu verknüpfen und entsprechend zu analysieren. Diese Wahlbetrachtung ist deshalb keine politische Kulturforschung, welche die Mikro- und Makrostrukturen des Systems, der Organisationen und Institutionen sowie der informellen Vergesellschaftung, der Meinungen und Verhaltensweisen gleichermaßen zu betrachten hätte⁴². (Weiterführende politische Kulturforschung selbst kann und soll hier nur vorbereitet werden.)

Eine besondere politische Begrenztheit der folgenden Wahlbetrachtung ergibt sich daraus, daß derzeit eine eingehende Beschreibung der den politisierenden Radikalisierungsprozeß hin zur KPD (am Rand des Arbeiterlagers) und/oder zur NSDAP (zum Aufbau einer heterogenen „bürgerlichen“ Sammlung als Bewegung und Partei) bedingenden Krisensituation nicht möglich ist. Episodenhaft nur sind die Kenntnisse über die Auswirkung der Weltwirtschafts- und Agrarkrise auf den Landkreis Kassel.

Sporadische Informationen über Hungermärsche⁴³, eine gänzlich desolate (offensivem politischen Handeln enge Grenzen setzende) Haushaltslage der Gemeinden⁴⁴, über die Probleme von Handwerk und Landwirtschaft⁴⁵, über die Krise der Industrie⁴⁶ und die steigende Arbeitslosigkeit von 2414 (1929) und 2825 (1930) Hauptunterstützungsempfänger⁴⁷ auf 7610 Erwerblose (zum 16.6.1933, d. s. 25,2% der Erwerbspersonen bzw. 33,6% der hauptberuflich Erwerbstätigen, die zu 91,8% von Arbeitern gestellt werden)⁴⁸. Vollends unbefriedigend und für statistische Vergleiche und Beziehungen nicht vertretbar sind die Kenntnisse über die Organisationsentwicklung von Parteien, Ortsgruppen und -kartellen der Vereine und Gewerkschaften in den Gemeinden des Landkreises⁴⁹.

Diese schmale und bruchstückhafte Kenntnislage zur Krisensituation behindert die Beantwortung der Frage nach den Gründen der Wahl einzelner Parteien. Dies gilt ganz besonders für die Wahl „extremer“ Parteien, die in der Krise jeweils am Rand und als partieller Kritiker ihres eigenen Bezugslagers schnell emporwachsen⁵⁰.

Anmerkungen zur politischen Entwicklung und zum Parteiensystem

Hier können aus Platzmangel lediglich erste Anmerkungen und grobe Charakterisierungen sowie einige weiterführende Literaturverweise mitgeteilt

werden, vornehmlich um den politischen Handlungsrahmen und eine globale Position der Parteien vorzustellen.

Einschränkend muß vorab darauf hingewiesen werden, daß es an dieser Stelle unmöglich ist, die Entwicklung der Weimarer Republik von der letzten sozialdemokratisch geführten und parlamentarisch gestützten Regierung Müller (1928-1930 gebildet von SPD, DDP, DVP, Zentrum) über die Präsidialkabinette ohne parlamentarische Mehrheit (gestützt auf das Vertrauen des Reichspräsidenten, regierend mit dessen Notverordnungscompetenz) Brüning (1930, 1931), v. Papen (1. 6. 1932) und v. Schleicher (3. 12. 1932) zu behandeln⁵¹.

Auch der Geschichte des Landes Preußen können nur einige wenige Stichworte gelten⁵².

Gegen die 1928 auf parlamentarischer Grundlage von SPD, Zentrum und DDP gebildete preußische Regierung Braun (SPD) richtet sich am 9. 8. 1931 ein Volksentscheid, bei dem DNVP, NSDAP und KPD zusammen für die Landtagsauflösung stimmen. Die Befürworter dieses Volksentscheids sammeln 36,9% der Stimmen und erringen einen Achtungserfolg. Im Februar 1931 ziehen dieselben Parteien gemeinsam aus dem Landtag aus. Die Landtagswahl vom 24. 4. 1932⁵³ ergibt einen Erdrutsch (die Abgeordnetenzahl der NSDAP – nunmehr mit Abstand die stärkste Fraktion – nimmt um das 27 fache von 6 auf 162 zu!), die Regierungskoalition versammelt von 423 nurmehr 163 (38,5%) Abgeordnete; NSDAP (162) und KPD (57) stellen 51,8% der Mandatsträger, die ebenso wie die 31 Abgeordneten der DNVP, aus unterschiedlichen Motiven in Gegnerschaft zur Regierung Braun stehen. (Am 25. Mai kommt es im Landtag sogar zu einer Schlägerei mit 8 Schwerverletzten zwischen KPD- und NSDAP-Abgeordneten.)

Die Regierung Braun tritt zurück, amtiert aber geschäftsführend weiter, da der Landtag keine absolute Mehrheit für eine neue Regierung bilden kann. Zum 20. 7. 1932 wird die geschäftsführende Regierung Braun/Severing durch eine Reichsexekution der Regierung Papen amtsenthoben, angeblich hat sie die Abwehr kommunistischer Ausschreitungen und hochverräterischer Unternehmungen vernachlässigt⁵⁴. Im Gefolge dieses „Preußenschlages“ verpufft ein Einheitsfrontangebot der KPD; maßgeblich ist aber das personelle Revirement in der preußischen Innenverwaltung; auch in Nordhessen/Kassel werden demokratische Politiker und Polizisten vom Dienst suspendiert und räumen die Ämter in der Regel für deutschnationale Einsteiger⁵⁵ – Inwieweit diese Entwicklung über den preußischen Oberpräsidenten und den Regierungspräsidenten in Kassel, über den Landkreis Kassel die Gemeinden selbst betrifft, bedarf erst noch der Erforschung.

Zum politischen System⁵⁶ und zum Parteiensystem⁵⁷ der Weimarer Republik können keine Ausführungen gemacht werden, ebenso wie keine besondere Betrachtung der NSDAP⁵⁸ und entsprechender Wahlanalysen⁵⁹ vorgelegt werden kann. – Lediglich einige Stichworte müssen genügen, um die bürgerlichen und agrarischen Parteien (außer NSDAP, SPD⁶⁰, KPD⁶¹ und Zentrum⁶², deren Bekanntheit vorausgesetzt werden muß), die sich im Landkreis Kassel zur Wahl stellen, umrißhaft zu charakterisieren⁶³.

DDP/DSiP

Die „Deutsche Demokratische Partei“ (ab 1930 „Deutsche Staatspartei“) versammelt zunächst das evangelische „liberale Bürgertum“. Auf dem Boden der Verfassung stehend, ist sie Teil der neuen Kompromißstruktur der Weimarer Republik und gehört – neben dem Zentrum und der SPD

bzw. zusätzlich noch der DVP – der Weimarer Koalition bzw. der Großen Koalition an. Die DDP wendet sich gegen die „alte Gewaltherrschaft“, aber auch gegen eine „neue Diktatur“; betont wirtschaftsliberal bekämpft sie die „tödliche Bürokratisierung der Wirtschaft und (die) verhängnisvolle Minderung ihres Ertrages“.

1919 ist die DDP die drittstärkste Partei; schon 1920 aber verliert sie die Hälfte ihrer Wähler, die zumeist zur DVP nach rechts abwandern. In der Endphase der Weimarer Republik zeigt sich die geringe Anziehungskraft des republikanisch-liberalen Gedankenguts immer deutlicher und bestimmt auch die DDP. Die Partei ist in der Regierung Müller (SPD) vertreten, verhindert deren Zusammenbruch aber nicht und beteiligt sich auch am ersten Präsidialkabinett Brüning. Im Juli 1930 vereinigen sich DDP und „Jungdeutscher Orden“ zur „Deutschen Staatspartei“, den katastrophalen Rückgang der Wählerstimmen kann dies nicht aufhalten.

Die Staatspartei wird in der Weltwirtschaftskrise immer eindeutiger zur „Vertretung des Kapitals“ (Neumann), wendet sich nach rechts und plädiert für eine „starke Führung“.

DVP

Die „Deutsche Volkspartei“ tritt das Erbe der nationalliberalen Partei an und repräsentiert – bei „Vorherrschaft des industriellen Bürgertums“ (Neumann) – Besitz und Bildung. Weil „mit Diktaturen heutigentags in Deutschland keine Erfolge zu ernten sind“, beginnt sie als parlamentarische und verfassungsorientierte Partei. Zwischen DDP und DNVP, zwischen Liberalismus und Nationalismus gewinnt sie zunächst schwer ein eigenes Profil; die überragende Rolle Stresemanns (gestorben am 3.10.1929) und die Mißerfolge der DDP verbessern die Position der DVP, die ab 6.6.1920 die DDP überflügelt.

Die Parteigrundsätze der DVP veranschaulichen das Dilemma des Nationalliberalismus und künden die in der Weltwirtschaftskrise erfolgende Wende von der „liberalen Volkspartei“ zur „antimarxistischen Wirtschaftspartei“ bereits an. Auf „Grundlage nationaler Gesinnung“ votiert die DVP für „eine starke, festgefügte Staatsgewalt“; obwohl sie pragmatisch den Boden der Verfassung betritt, plädiert sie gleichwohl für ein legal anzustrebendes Kaisertum als „die für unser Volk nach Geschichte und Wesensart geeignetste Staatsform“. Die Lösung der sozialen Frage wird „in der innerlichen Gleichberechtigung aller Volksgenossen und der sittlichen Überwindung aller Gegensätze zwischen den verschiedenen Bevölkerungskreisen, zwischen Stadt und Land, Unternehmern und Mitarbeitern“ gesehen.

Am Sturz der Regierung Müller ist die DVP aktiv beteiligt. Der thüringischen Landesregierung (1930) gehört neben der NSDAP auch die DVP an. Ebenfalls ist sie im ersten Kabinett Brüning vertreten, stimmt dann im Reichstag aber gegen Brüning. 1929/30 und Mitte 1932, nach ihrer einschneidenden Wahlniederlage, bemüht sich die DVP – erfolglos – zum Kern einer bürgerlichen Sammlung zu werden. Die Betonung der „nationalen Gesinnung“ wird immer stärker, es kommt zu Übertritten zur DNVP (Frühjahr 1932). Obwohl sich die Partei selbst – neben DNVP und NSDAP – als dritte „Heersäule der nationalen Front“ versteht, wird sie wegen ihrer Schwäche an der Regierungsbildung des Kabinetts Hitler/Papen/Hugenberg gar nicht mehr beteiligt.

Als Ergebnis seiner Studien über die DVP faßt Lothar Döhn zusammen, daß diese Partei erheblichen Einfluß auf den Umschlag vom Parlamentarismus zur Diktatur gehabt hat. Im Widerstreit zwischen einem (national)liberalen Partei- und einem großindustriell-autoritären Interesse der wichtigsten Einflußgruppen wird die liberale Komponente der DVP zerrieben: „Die Geschichte der DVP liefert einen exemplarischen Beitrag zur Zersetzung des Liberalismus und seines partiellen Umschlags in der ökonomischen und sozialen Krise zum Antiliberalismus und zum Faschismus“⁶⁴.

Reichspartei des deutschen Mittelstandes. Wirtschaftspartei

Die „Wirtschaftspartei“ (WP) bezeichnet sich selbst als eine „Rechtspartei“ oder als „Bollwerk gegen den Raub des Privateigentums“. Als „nationalgesinnte Partei“ akzeptiert sie die Verfassung, verlangt aber Verbesserungen zugunsten des „deutschen Mittelstandes“. Der von ihr angestrebte „ruhe- und ordnungssichernde Volksstaat“ vermeidet z. B. jede „unproduktive Erwerbslosenfürsorge“ und führt die „Arbeitsdienstpflicht“ ein.

Auf Grundlage dieses Gemenges von nationaler Ideologie und mittelständischer Interessenpolitik spricht die WP besonders Hausbesitzer und Handwerker an, organisatorisch arbeitet sie z. B. mit dem „Zentralverband deutscher Haus- und Grundbesitzervereine“, dem „Reichsverband des deutschen Handwerks“ und dem „Zentralverband der Lebensmittelhändler Deutschlands“ zusammen.

Die WP konkurriert vor allem mit der DVP und ist zeitweilig die zweitstärkste Partei einer bürgerlich-nationalliberalen und rechten „Mitte“. 1928 und 1930 ist sie jeweils mit 23 Abgeordneten im

Reichstag vertreten, im Juli 1932 gewinnt sie nur noch 2 Mandate. Die Wahl zum preußischen Landtag (April 1932) zeigt ihren Niedergang bereits an.

Im ersten Kabinett Brüning ist die WP vertreten, nach der Septemberwahl 1930 entschließt sie sich aber zum Austritt. Über das mehrheitliche Tolerieren der Regierung Brüning kommt es parteiintern zum Streit. Die parteiinternen Rechtstendenzen werden dadurch manifestiert, daß ein WP-Abgeordneter im Oktober 1931 an der Tagung der „Harzburger Front“ teilnimmt.

DNVP

Die „Deutschnationale Volkspartei“ ist anfänglich eine Partei der Opposition gegenüber der Republik, gleichwohl aber auch der aktiven Mitarbeit auf Länder- und Gemeindeebene. Die Partei ist großagrarisches und -industriell ausgerichtet mit Rückhalt aber auch in den Mittel- und Unterschichten, besonders bei freien Berufen und Landarbeitern.

Der „Schutz der nationalen Arbeit“ und der „gesunden Scholle“ wird von der DNVP vertreten. Das sog. „Freiheitsprogramm“ (Juli 1930) erstrebt einen „sozialen Nationalstaat“ (nicht den „sozialreaktionären Gewerkschaftsstaat“), der „Unternehmer und Arbeiter ... in organische Verbindung“ bringt. Zugleich werden, im Gegensatz zur Verfassung, ein „neues deutsches Kaisertum“ und „erweiterter Lebensraum“ erhofft. Seitdem Hugenberg 1928 die Parteiführung übernommen hat, opponiert die DNVP prinzipiell gegen Weimar und Versailles.

Von 1920 bis 1930 stellt die DNVP jeweils die stärkste bürgerliche Fraktion im Reichstag. 1928 aber verliert sie ein Drittel ihrer Mandate (schrumpft von 103 auf 73 Abgeordnete) und reagiert darauf unter Hugenberg mit einer deutlichen Rechtswendung. 1929 formiert sich die „nationale Opposition“ von DNVP, NSDAP und „Stahlhelm“ (ein seit 1928 der DNVP – vorher auch der DVP – nahestehender Wehrverband und „Bund der Frontsoldaten“), die gegen den Young-Plan ein Volksbegehren durchführt. Dies wertet die NSDAP auf, da sie vor allem breite publizistische Beachtung in den Zeitungen des Hugenberg-Konzerns findet.

Im Streit über die richtige rechte Linie kommt es Ende 1929 zu Abspaltungen von der DNVP und damit verbunden zur Gründung bzw. Aktivierung der „Volkskonservativen Vereinigung“ oder „Konservativen Volkspartei“, der „Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei“ und des „Christlichen Volksdienstes“.

Nach dem September 1930 versucht die DNVP, die NSDAP zu beeinflussen und zu „Sozialisten nationaler Denkungsart“ zu erziehen. Die Tagung der „nationalen Opposition“ in Harzburg (10./11. 10. 1931) zeigt aber, daß die DNVP der NSDAP gegenüber bereits zum schwächeren Partner geworden ist.

Für die Wahl zum 5. 3. 1933 bildet die DNVP mit dem „Stahlhelm“ zusammen die „Kampffront Schwarz-weiß-rot“. Die „nach rechts“ drängenden Wähler der DVP und – aktiviert durch den „Stahlhelm“ – die „große Masse der Nichtwähler“ sollen gewonnen werden, um das Ende des „Parteiwesens weimarischer Herkunft“ herbeizuführen.

Zusammen mit der NSDAP (43,9%) erringt die „Kampffront“ (8%) im März 1933 51,9% der gültigen Stimmen und damit die absolute Mehrheit; von 647 Abgeordneten stellen diese rechtsextremen Fraktionen 340 (bzw. 52 plus 288) Abgeordnete. Dieses (zeitweilige) Bündnis der NSDAP mit autoritär-konservativen Oberschichten und einer rechtsextremen bürgerlichen Partei ist somit notwendig, um den deutschen Faschismus – bei Wahrung des Scheins eines legalen Machterwerbs – in die Macht einzusetzen.

Christlich-Nationale Bauern- und Landvolk-Partei

Das „Deutsche Landvolk“ ist (ähnlich wie die WP) eine ausgesprochene Interessenpartei und bemüht sich um die parlamentarische Vertretung der Landwirtschaft (und zwar eher der kleinen Bauern, da die Großbauern mit der DNVP identifiziert werden). Als ausgesprochen agrarische Partei arbeitet das Landvolk mit Teilen des „Reichslandbundes“, besonders auch mit dem Hessischen Landbund zusammen.

Erst 1929/30 gewinnt das am 8. 3. 1928 gegründete Landvolk durch Austritte aus der DNVP eine Schlüsselstellung für die Regierung Brüning. Im 5. Reichstag (1930) ist das Landvolk mit 19 Abgeordneten vertreten (gegenüber 10 im 4. und 1 im 6. Reichstag, 1928 bzw. im Juli 1932). Die Wähler des Landvolks entstammen hauptsächlich der DNVP und dürften 1932 zu einem Großteil zur NSDAP abwandern. An der thüringischen Koalitionsregierung (1930) ist neben NSDAP und DVP auch das Landvolk beteiligt.

Das Landvolk vertritt eine „entschiedene nationale Politik“, die die „Loslösung von marxistischen Ideen“ verkündet und die „Liebe zur Scholle“ und die „christliche Weltanschauung“ predigt: „Klipp und klar gehören wir Bauern und das gesamte Landvolk nach rechts“.

Von der Namensgebung erinnert die Partei an die schleswig-holsteinische Landvolkbewegung. Diese artikuliert 1928 den bäuerlichen Protest gegen die Agrarkrise, gegen die Preis-Kosten-Schere in der Landwirtschaft und führt große Massenveranstaltungen durch. Spektakulär ist auch ihr Umschlag in terroristische Aktionen (1929), mit denen die Landvolkbewegung zusammenbricht.

Christlich-sozialer Volksdienst

Im Dezember 1929 entsteht der „Christlich-soziale Volksdienst“ (CSVD) als eine Abspaltung von der DNVP durch Vereinigung mit Vorläufergruppierungen wie dem „Christlichen Volksdienst“ und der „Christlich-sozialen Rechtsvereinigung“. 1930 wird in Kassel eine Reichstagung des CSVD durchgeführt, weil die protestantisch-pietistische Partei in Nordhessen einen Schwerpunkt hat.

Beim CSVD handelt es sich um eine primär religiöse Splittergruppe⁶⁵, die mit vagen Forderungen gegen die Entchristlichung der Politik kämpft: „Nicht rechts noch links, sondern Jesus Christus!“ Durch Überwindung des „innerlich faulen Parteiwesens“ soll eine „Gesundung des politischen Lebens“ erreicht werden, wobei die „Gesinnung des Dienstes und des Opfers“ jede „Klassenfront und jeden Klassenkampf“ überwinden sollen.

Die populistische Tradition dieser Partei wird dadurch verdeutlicht, daß am Gründungstag eine Kranzniederlage am Grab Adolf Stöckers, des Führers der „Christlich-sozialen Partei“ und des kaiserlichen antisemitischen Hofpredigers, durchgeführt wurde.

In Preußen befürwortet der CSVD 1931 neben NSDAP und DNVP (sowie der KPD!) den Volksentscheid zur Auflösung des Landtags, der sich gegen die sozialdemokratisch geführte Koalitionsregierung Braun/Severing richtet.

Zusammenfassung⁶⁶:

Außer der DDP, deren traditionsgemäßes Bild am ehesten noch liberal eingefärbt ist, zielen alle anderen Parteien im Spektrum von DVP bis DNVP (wobei die mittelständischen, agrarischen oder religiösen Sonderinteressen von WP, Landvolk oder CSVD kurzfristig separiert werden) auf ein betont rechts, autoritär und nationalistisch angesprochenes Bürgertum. Klar sind diese Aussagen vor allem in der Ablehnung reformistischer oder marxistischer Strukturveränderungen sowie einer betont urbanen und weltbürgerlichen Liberalität.

Die NSDAP kann daher als die immanente Kritik dieses völkisch-nationalistischen und autoritär-staatsorientierten Konservatismus bzw. Nationalliberalismus auftreten. Dabei kommt der NSDAP zugute, daß sie jede Ansprache von Sonderinteressen vermeidet, daß sie sich an das gesamte „deutsche Volk“ wendet und im staatlichen Gesamtrahmen die Verbesserung der Lage gerade der von ihr besonders angesprochenen Gruppe (z. B. der Bauern und des Mittelstandes) anstrebt. Ferner profitiert die NSDAP von der Konkurrenz der genannten Parteien und „Einpunkt“-Interessenorganisationen, die ihren diesbezüglich sensiblen Wählern das verabscheuungswürdige Bild der Zersplitterung und Unklarheit vorspielen. Die negative Besetzung von Politik, Interessen und Parteien gegenüber der Pflicht, den Idealen und der Nation wirkt sich für die NSDAP aus. Diese tritt als einigende Bewegung auf, als organisierte Partei agiert sie nur, um gegen das Parteiensystem die Idee der „Volksgemeinschaft“ durchzusetzen. Schließlich spricht es aus Sicht der autoritären und nationalen Wähler für die immanente Kritik durch die NSDAP, daß sich diese seit 1928, besonders aber seit 1930 im deutlichen Aufwärtstrend befindet, wohingegen die Stärke der traditionellen konservativen und nationalliberalen Parteien DNVP und DVP stark abnimmt. Angesichts der bedrohlich empfundenen Krisensituation löst die reichsweite Stärke der NSDAP auch in zunächst strukturell benachteiligten Regionen einen Nachholeffekt aus. – Damit

leitet die Skizzierung des bürgerlich-agrarischen Parteispektrums zur Betrachtung der Wahlergebnisse über.

B

Die Wahrentwicklung im Landkreis Kassel (1928-1933) ⁶⁷

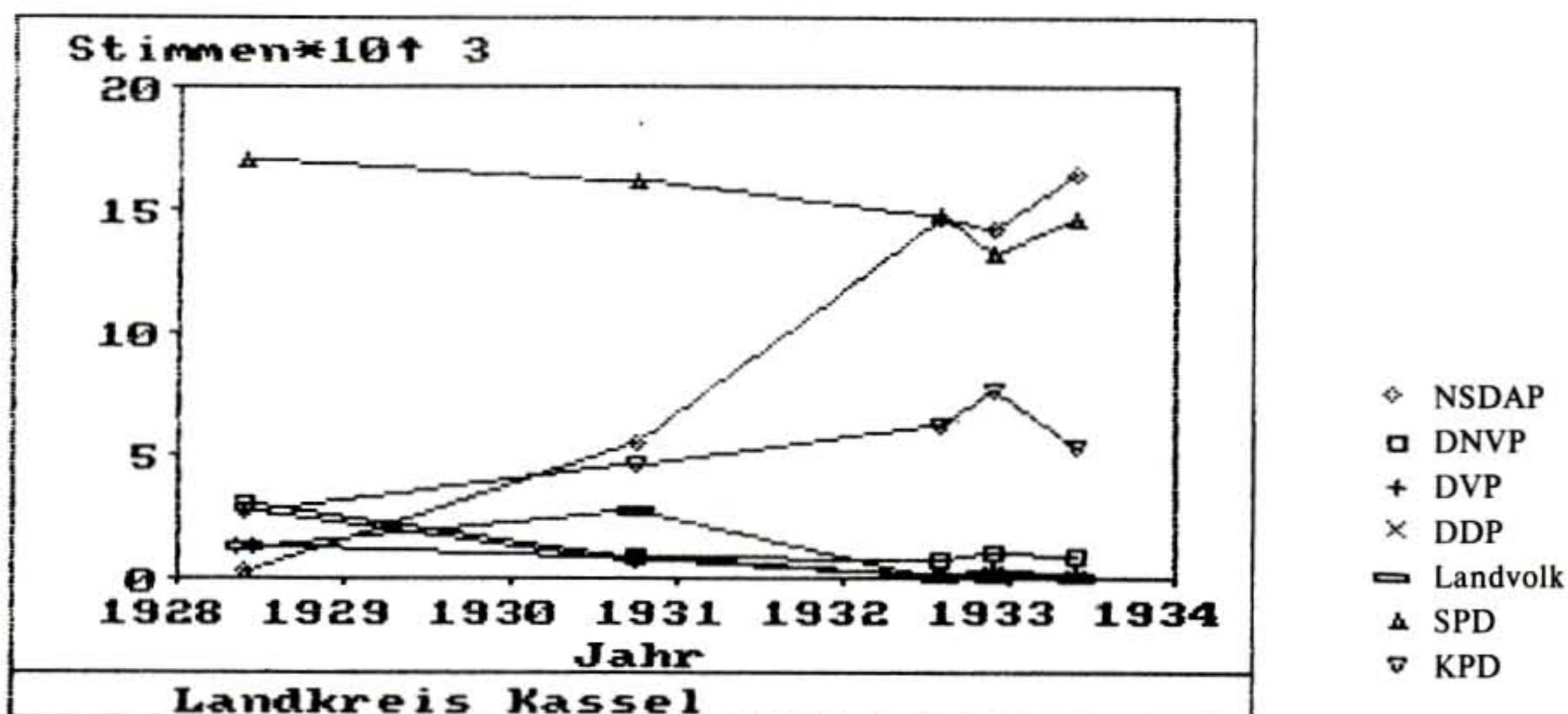
Die generelle Entwicklung der Wählerstimmen zeigt (vgl. die Schaubilder 1 und 2), daß die SPD bis Mitte 1932 die bedeutendste Rolle spielt. Bezogen auf die Wahrentwicklung des Reichs kann sie im Juli 1932 im Landkreis Kassel den herausragenden Wert von 1928 nahezu wieder erreichen. Demgegenüber sind die – absolut betrachtet – Verdopplung der KPD-Stimmen, aber auch die Vierzehnfachung der NSDAP-Wähler relativ normaler, wenn sie mit der Reichsentwicklung verglichen werden. Andererseits bestimmt dieser Aufstieg der NSDAP die Wählerentwicklung im Landkreis und greift, wie noch zu zeigen ist, tief in das Abstimmungsverhalten aller Neuwähler, der aktivierten bisherigen Nichtwähler, der Wähler aller bürgerlichen und bäuerlichen Parteien und der Sozialdemokratie ein.

In einer ersten Rekrutierungswelle der NSDAP schrumpfen die Wähler von DNVP und DVP von 1928 auf 1930 auf ein Drittel, während die DDP nur knapp die Hälfte ihrer Wählerzahl verliert. Die im Landkreis Kassel überdurchschnittlich starken Interessengruppen Landvolk und CSVD (die WP spielt demgegenüber eine durchschnittlichere Rolle) verlieren von 1930 auf 1932 ihre Wähler entweder ganz oder bis auf ein Drittel (CSVD), das dann einen konstanten Restsockel bildet.

Die Entwicklung des Zentrums kann vernachlässigt werden: In dem zu rund 90% evangelischen Kreis spielt der politische Katholizismus keine Rolle; bei einer durchschnittlichen Wählerzahl von 234 schwanken die Wähler dieser Partei nur um 15 (s). Dabei paßt es zum Wahlverhalten der Katholiken, die in einer dominanten evangelischen Region leben und keine besondere politische Kultur ausprägen, daß das Zentrum nur einen Bruchteil aller Katholiken sammeln kann. Die überwiegende Mehrzahl der Wähler der katholischen Religionszugehörigkeit wird sich, so darf vermutet werden, im Landkreis Kassel gemäß seiner sozialstrukturellen Prägung und seiner parteipolitischen Sympathien verhalten, ohne daß das Zentrum mit einem besonderen Bonus ausgestattet ist und bewertet wird. (Vgl. Anm. 78)

Schaubild 1:

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen (1928-1933) im Landkreis Kassel ⁶⁸



Die globale Wahlentwicklung wird nun bezüglich der Entwicklung einzelner Parteien und der Beziehungen einzelner Parteien zueinander vertieft. Insofern die entscheidenden Wandlungen mit den Wahlen zum 5. und 6. Reichstag (14. 9. 1930 und 31. 7. 1932) markiert werden, beschränkt sich diese genauere Betrachtung auf diese beiden Wahlen. Die Aussagen über die Entwicklung der Parteien werden zusätzlich mit der Betrachtung der beiden Wahlgänge zur Reichspräsidentenwahl (13. 3. und 10. 4. 1932) verbunden.

Zwei Fehlermöglichkeiten bzw. grundlegende Einschränkungen unterliegen den folgenden Betrachtungen:

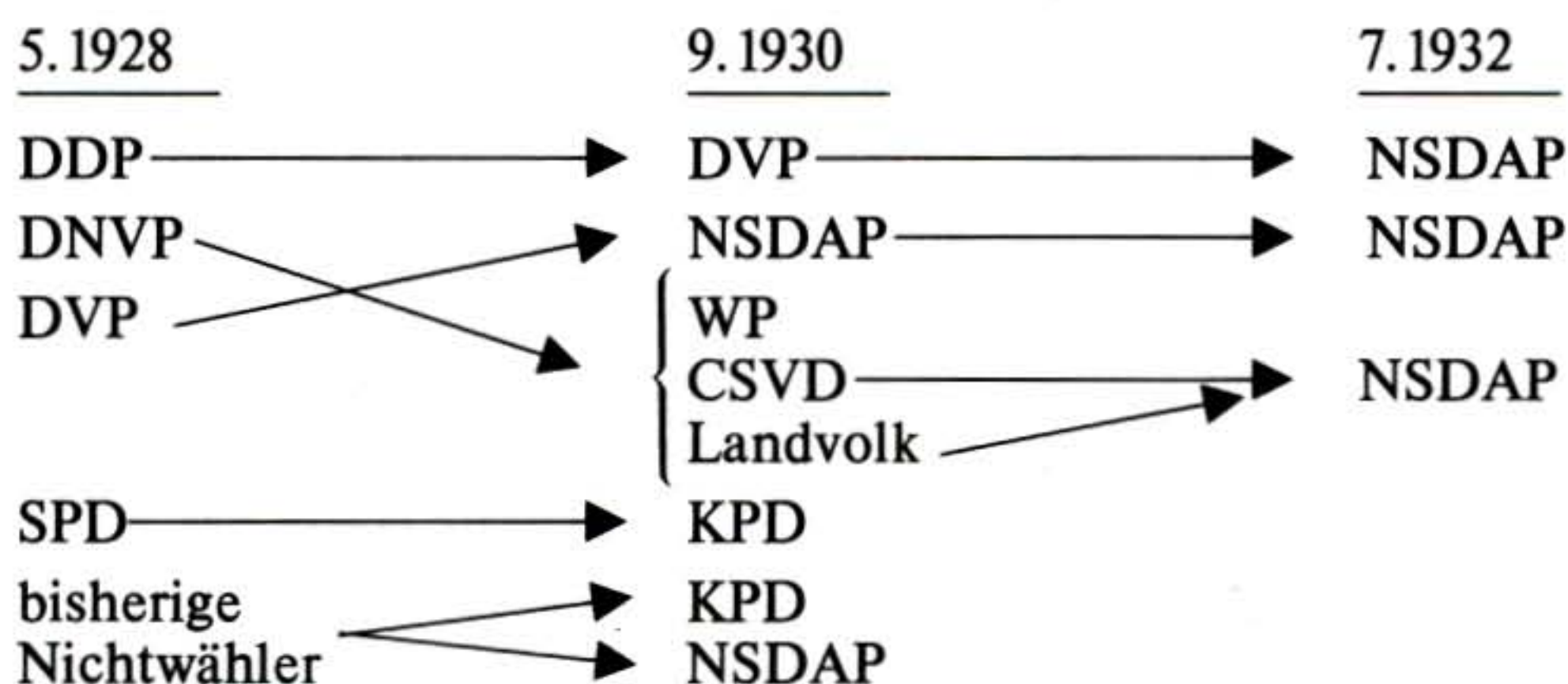
Es läßt sich mangels der Individualdaten nichts darüber sagen, ob und wie sich die Wähler einer Partei unter gleichen Bedingungen auch tatsächlich gleich verhalten. Das Problem der *ceteris paribus*-Klausel besteht darin, daß der gravierende politische Wandel und die ebenso tiefgreifende sozioökonomische Krise kurzfristig alle konstanten Muster durch Binnenwanderungen im politischen Kulturzusammenhang überlagert.

Zwischen 1930 und 1932 zeigt nahezu die Hälfte aller Wahlberechtigten des Landkreises ein Wechselwählerverhalten (da nur Zentrum und Sozialdemokratie relativ konstant bleiben). Angesichts dieser akkumulierten Wählerbewegungen ist es unwahrscheinlich, daß die Wählergruppen der einzelnen Parteien in sich stabil sind. Die global feststellbare Wahlentwicklung nährt große Zweifel gegenüber der *ceteris paribus*-Klausel; die gleiche Partei fordert in einer Situation derartiger Wandlungen und Krisenhaftigkeit eben zu unterschiedlichen Wahlterminen ein ungleiches Wahlverhalten. Es ist z. B. etwas ganz anderes, ob man 1930 oder 1933 die NSDAP wählt.

Die Anzahl derjenigen Wähler, die ihrer Partei von Wahl zu Wahl „treu“ bleiben, wird vor allem im Bereich der bürgerlichen und agrarischen Parteien immer kleiner. Dementsprechend mobil und binnenbewegt ist andererseits die NSDAP, die von diesen Wählerwanderungen profitiert (ebenso wie – wenngleich abgeschwächt – die KPD).

Gegenüber der rechnerischen *ceteris paribus*-Annahme sind daher die folgenden wahrscheinlichen Wanderungsbewegungen zu berücksichtigen:

Hauptsächliche wahrscheinliche Wählerwanderungen im Landkreis Kassel



Neben der angesichts solcher Wanderungsprozesse fiktiven Binnenkonstanz der Parteien besteht die zweite Unsicherheit in der Gefahr eines sog. ökologischen Fehlschlusses der Beziehung der politischen Variablen zueinander. Die festgestellten Beziehungen (Korrelationen) bezeichnen keine direk-

ten Kausalzusammenhänge (wenn ... dann), sondern Wahrscheinlichkeiten des wechselseitigen Auftretens von Merkmalen. Eine hohe Korrelation von Arbeitslosigkeit und NSDAP-Stimmen z. B. kann deshalb auch so interpretiert werden⁶⁹, daß die Arbeitslosigkeit in einer Region zur Wahl der NSDAP motiviert, ohne daß die Arbeitslosen selbst die NSDAP wählen müssen. Hinter der Korrelation der Variablen können sich deshalb immer auch weitere Einflußfaktoren verbergen, die durch den einen oder anderen Merkmalsträger hindurch auf das Verhältnis der beiden untersuchten Merkmale einwirken⁷⁰.

Eine Korrelation (r) bezeichnet einen gleich - oder gegenläufigen Zusammenhang zweier Variablen, deren Größe zwischen „+ 1“ und „-1“ schwankt⁷¹. Positive Korrelationen zeigen an, daß beide Variablen zu- oder abnehmen; im Fall einer negativen Korrelation nimmt die eine Größe ab, wenn die andere anwächst. Näherungsweise werden Korrelationswerte von 0,2 bis 0,5 als gering, solche zwischen 0,5 und 0,7 als mittelstark und von 0,7 bis 0,9 als hoch bezeichnet⁷²; eine „geringe“, „mittlere“ oder „hohe“ Korrelation bezeichnet dabei das Ausmaß des Zusammentreffens der Merkmalsträger, ohne daß dies mit einem Kausalverhältnis gleichgesetzt werden darf.

Aus dem quadrierten Korrelationskoeffizienten (r) ergibt sich ein Bestimmtheitsmaß (R) der wechselseitigen Determination der betrachteten Variablen. Je größer diese Determination (R) ist, je mehr sich R damit dem Wert „1“ annähert, desto größer ist der Erklärungswert der Korrelation (r). Wenn sich die Determination (R) demgegenüber dem Wert „0“ annähert, dann bedeutet dies, daß ein immer geringerer Zusammenhang der Variablen zueinander besteht. Das Bestimmtheitsmaß (R) bezeichnet eine ungeklärte Restvarianz, also eine Restmenge an Störbezügen, die in dem Korrelationsverhältnis (r) nicht aufgeht. Je größer diese ungeklärte Restmenge ist ($1 > R$), desto mehr weist die Determination (R) auf das mögliche Vorhandensein weiterer Variablen hin.

Parteikorrelationen im Landkreis Kassel⁷³
(9.1930 und 7.1932⁷⁴)

	1930		1932	
Verhältnis :	r	R	r	R
NSDAP/gült. Stimmen	.912	.832	.969	.939
SPD/gült. Stimmen	.965	.931	.934	.872
KPD/gült. Stimmen	.821	.674	.871	.758
NSDAP/DNVP	.798	.637	.838	.702
NSDAP/DDP + DVP	.891	.794	.798	.637
DDP + DVP/DNVP	.894	.799	.870	.757
NSDAP/SPD	.813	.661	.848	.719
SPD/KPD	.698	.487	.716	.512

Die Korrelationen bestätigen das bekannte Ergebnis bedeutender Bezüge zwischen NSDAP, der Zahl der abgegebenen Stimmen (die sich aus den bisherigen Wählern, aktivierten bisherigen Nichtwählern und echten Neuwählern zusammensetzt) und den bürgerlichen Parteien (DNVP, DVP, DDP/DStP); als Besonderheit des Landkreises Kassel mit seinem hohen Bestand an sozialdemokratischen Wählern ergibt sich, daß es der NSDAP auch gelungen sein dürfte, sozialdemokratische Wähler zum Abwandern und Wechseln zu bewegen.

Von 1930 auf 1932 ändert sich das Gewicht, das diesen Bestandteilen des komplex bedingten NSDAP-Erfolges jeweils zukommt, was sich in den bereits erwähnten Wählerwanderungen von 1928 bis 1932 ebenfalls ausdrückt. 1930 spielen die Beziehungen zwischen dem Rückgang der Stimmen für DVP und Staatspartei, 1932 die der DNVP-Abnahme eine wichtige Rolle, wenn der NSDAP-Erfolg erklärt werden soll. Wichtiger ist jedoch immer die positive Rolle der Wahlbeteiligung, die von 85,9% (1928 – die Nichtwähler bilden aus den unterschiedlichsten Motiven heraus die zweitstärkste „Partei“!), über 89,7% (1930) auf 92,4% (7. 1932) steigt und so die wachsende Politisierung der Wahlberechtigten im Landkreis Kassel anzeigt.

Am Anstieg der abgegebenen Stimmen sind auch KPD und SPD beteiligt, wobei die Wechsel der Korrelationen für 1930 und 1932 auf einen Wechsel der Attraktivität in diesem Lager hinweist. Auch die Beeinflussung des KPD-Wachstums durch sozialdemokratische Stimmenverluste deutet hierauf hin.

Um die Aussagequalität zu verbessern, werden zusätzlich einige partielle Korrelationen vorgestellt:

	1930	1932
NSDAP/SPD/gült. Stimmen	-.62	-.65
NSDAP/DNVP/DVP + DDP	.43	.49
KPD/SPD/gült. Stimmen	-.63	-.56

Im Vergleich zu den bivariablen Zusammenhängen zwischen NSDAP und DNVP sowie NSDAP und SPD ergeben die zusätzlich berücksichtigten Variablen der bürgerlichen Parteien (DVP + DStP) und der Wählerstimmen ergänzende Hinweise, weil die partiellen Korrelationen in beiden Fällen erheblich abweichen (sowohl in der Größe höherer Zusammenhänge wie in der gegenläufigen Beeinflussung).

Die DNVP-Stimmen haben tatsächlich einen Anteil am NSDAP-Erfolg, der jedoch angesichts des niedrigen DNVP-Ausgangsniveaus von 10% und des rapiden Verfalls dieser Partei auf 2,5 bzw. 2,1% der gültigen Stimmen nicht überschätzt werden darf. Diese Wanderung ist (vor allem 1930) nur eine wichtige Quelle des vielfach bestimmten NSDAP-Wachstums.

Die dritte Variable der gültigen Stimmen deutet an, daß die Beeinflussung der NSDAP-Erfolge durch abgewanderte SPD-Wählerstimmen verhältnismäßig gering ist. Die Beeinflussung dieser Erfolge durch die gestiegene Wahlbereitschaft ist bedeutender. Von 1930 auf 1932 ändert sich diese geringe Bedeutung der SPD-Anteile am NSDAP-Abstimmungsergebnis nicht.

Die SPD-Stimmen sind vergleichsweise konstant; so korrelieren die SPD-Stimmen in den Einzelgemeinden von 1930 auf 1932 sehr hoch mit sich selbst ($r = .976$, $R = .953$). – Ähnlich hoch ist allerdings auch, verteilt über alle Gemeinden des Landkreises, der interne Zusammenhang der bürgerlichen Rest-

stimmen zwischen 1930 und 1932 (DNVP: $r = .895$, $R = .801$; DVP + DStP: $r = .927$, $R = .859$). Dies deutet an, daß die abnehmenden Tendenzen der bürgerlichen Parteien sich vergleichsweise durchschnittlich ähnlich auf den Großteil der einzelnen Gemeinden des Landkreises verteilen. Dort, wo diese Parteien 1928 und 1930 stark vertreten gewesen sind, haben sie 1932 auch besonders stark abgenommen, sie haben also entweder keine Bastionen gehabt (bis 1928 oder 1930) oder diese von 1928 auf 1930 sowie von 1930 auf 1932 nicht halten können.

Dies zeigt besonders auch der vergleichsweise niedrige Zusammenhang der 1930 und Mitte 1932 für CSVD, WP und Landvolk abgegebenen Stimmen ($r = .789$, $R = .623$).

Bezüglich des Austausch- und Beeinflussungsverhältnisses von SPD und KPD ergibt sich bei Berücksichtigung einer weiteren Variable, daß die Zuwachsraten durch Neuwähler und aktivierte bisherige Nichtwähler wichtig sind (die letztgenannten Wähler dürften angesichts der rechten Antipathie gegen Parteien seit 1930 eher einer pronazistischen Politisierung gegen „das System“ zugutekommen). Der Wechsel von der SPD zur KPD sollte angesichts der Bedeutung der Neuwähler für die KPD deshalb nicht überschätzt werden.

Die vielfältige Wählerwanderung mit verschiedenen Zwischenschritten und verschiedenen Zielrichtungen bietet ein differenziertes Bild der politisch-sozialen Prozesse des Landkreises Kassel in der Endphase des politischen Systems der Weimarer Republik und angesichts des drohenden Zusammenbruchs der Wirtschaftsordnung.

Wählerbewegungen zwischen 1928 und 1932 im Landkreis Kassel (in absoluten Stimmen)

	5. 1928	9. 1930	7. 1932
gült. Stimmen	3.873	3.194	
NSDAP	5.036	9.134	
DNVP + DVP + DDP	- 4.693	- 1.302	
Landvolk + CSVD	3.199	- 3.835	
SPD	- .901	- 1.468	
KPD	1.868	1.613	

Die Betrachtung der beiden Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl zeigt auf, daß diese Wanderungen wesentlich 1931 bereits als Entscheidungen getroffen worden sind, so kurzfristig motiviert wird die NSDAP im April und Juli 1932 nicht gewählt. (Zu den beiden Wahlgängen kommt es, weil – ebenso wie schon 1925) – im ersten Wahlgang kein Bewerber die absolute Mehrheit erhalten hat; Hindenburg erhält nur 49,6% der Wahlstimmen. Im zweiten Wahlgang genügt die relative Mehrheit der gültigen Stimmen, und Hindenburg wird im Reichsdurchschnitt mit 53% wiedergewählt vor 36,8% für Hitler und 10,2%, die auf Thälmann entfallen.)

Der Vergleich der Stimmen für die DNVP und für Theodor Duesterberg (ehem. preußischer Offizier, Geschäftsführer der DNVP und 2. Bundesführer des „Stahlhelm“) zeigt einen stabilen Stand der deutschnationalen Stimmen.

Im ersten Wahlgang schneidet Duesterberg vergleichsweise gut ab und überschreitet die 1930er DNVP-Wahlstimmen (+ 22,5 Δ %). Auch der Abschwung zwischen beiden Wahlgängen ist kein Einbruch (-25,2 Δ %), sondern reduziert wesentlich lediglich die anfängliche Steigerung gegenüber dem DNVP-Konto auf deren Normalmaß.

Vergleicht man die KPD-Stimmen mit denjenigen, die für den Parteivorsitzenden Ernst Thälmann abgegeben worden sind, so zeigt sich eine große Schwenkung, die auf die Labilität im Wechsel zwischen Partei (KPD) und Person (Thälmann) zurückgeht. Im ersten Wahlgang gewinnt Thälmann etwa so viel Stimmen (+ 36,6 Δ %), wie die KPD im Juli nach dem Verlust im zweiten Wahlgang wieder zurückgewinnt (- 27,3 Δ % gegenüber 35,9 Δ %).

Die absoluten Abstimmungsergebnisse von 4.609, 6.297, 4.578 und 6.222 weisen (bei einem Durchschnitt von 5.427) eine sehr hohe Schwankung auf (Standardabweichung $s = 962$). Diese Abweichung deutet darauf hin, daß die Wählerbindung an Thälmann und die KPD nicht sehr gefestigt ist und vielfachen kurzfristig wirksamen Einflußfaktoren unterliegt.

Gleiches veranschaulichen die Ergebnisse für die NSDAP und Hitler nicht. Vielmehr ist deren Wachstum im wesentlichen bereits im Frühjahr 1932 abgeschlossen, die danach einsetzenden Binnenwanderungen im bürgerlichen Parteispektrum lassen größere Zuwachsraten erst wieder unter den besonderen Bedingungen der Wahl zum 5. 3. 1933 zu⁷⁵.

Diese Trends finden ihr negatives Pendant in den Verlusten, die das heterogene Wahlbündnis für Hindenburg erleidet. Berücksichtigt man die konstanten Wählerlager von SPD und Zentrum, so muß festgestellt werden, daß das bunte Spektrum rechter und national-liberaler Parteien im Landkreis Kassel kaum in der Lage ist, weitere Stimmen für Hindenburg einzuwerben.

Hinter Hindenburg steht die Heterogenität so unterschiedlicher Partner wie DVP, WP, CSVD, Landvolk, Staatspartei, Zentrum und SPD; entsprechend vielfältig sind die Motive von rechts bis defensiv-republikanisch, von der Befürwortung der starken Autorität des „Ersatzkaisers“ und des „starken Staates“ bis zur bloß negativen Gegnerschaft zu Hitler. Hindenburg wird somit sowohl mit Hoffnung wie mit Resignation gewählt, je nach der Herkunft seiner Wähler.

Die Wahlziffern zeigen, daß – bis auf SPD und Zentrum – diese Gruppierung zur Vermeidung einer offen illegalen Verfassungsänderung 1932 faktisch nicht mehr besteht.

Vergleich der Stimmen für Hindenburg und für das Hindenburg-Bündnis

	14. 9. 1930	13. 3. 1932	10. 4. 1932	31. 7. 1932
Hindenburg abs.		16 944	17 946	
Hindenburg-Bündnis	23 174			16 020
darunter:				
SPD	16 174			14 706
Zentrum	216			247
Hindenburg, -Bündnis				
%	67,5	44,6	49,7	42,4
Δ %		- 27,4	+ 5,9	- 10,7

Diese Auflistung zeigt, daß der Rückgang der republikanischen oder auch nur der gemäßigten autoritären Parteien im Landkreis Kassel überdurchschnittlich stark ausfällt. Auf Reichsebene kann das Bündnis immerhin noch 49,6% bzw. 53% der Stimmen sammeln. Berücksichtigt man die überdurchschnittliche Stärke der SPD im Landkreis Kassel, so fällt ein noch greller Licht auf den Abbau solcher bürgerlich-agrarischen Parteien, die – wenngleich bedingt – Anfang 1932 noch den Boden der Verfassung bejahen.

Dies leitet über zum Vergleich der Stimmen im Landkreis mit denen des Reichs.

Besonderheiten der Wahlergebnisse im Landkreis Kassel (1928-1933)

Nur im Medium des Vergleichs treten die Besonderheiten einer Region hervor, nur so ließe sich die Bezeichnung als „roter Wahlkreis“ haltbar begründen. Entscheidend ist die Wahl der Vergleichsebene: Während sich der Landkreis von der Stadt Kassel durch einen höheren SPD- und einen niedrigeren NSDAP-Anteil abhebt, schneidet die NSDAP im Vergleich zum Reich 1932 im Landkreis Kassel besser ab.

Um den Vergleich mit dem Reich vorzunehmen, wird eine standardisierte Meßzahl gesucht, die sich auf eine jeweils gleiche Bezugseinheit (hier: auf die gültigen Stimmen) bezieht⁷⁶. Dieser Indexwert (K) setzt sich aus dem Stimmenverhältnis der betreffenden Parteistimmen im Landkreis Kassel und im Reich zusammen; ein derart zusammengesetzter Indexwert (K) „1“ zeigt das Zusammenfallen von Reich und Landkreis an (Überrepräsentation im Landkreis Kassel: $K > 1$, Unterrepräsentation: $1 > K$). (Im Schaub. 2 entspricht dem Bezugswert $K=1$ der K-Wert 10 auf der Ordinatenachse; denn: $10=1 \cdot 10^{-10}$.)

Schaubild 2:

Konzentration der Parteien im Landkreis Kassel im Vergleich zum Reich (1928-1933)

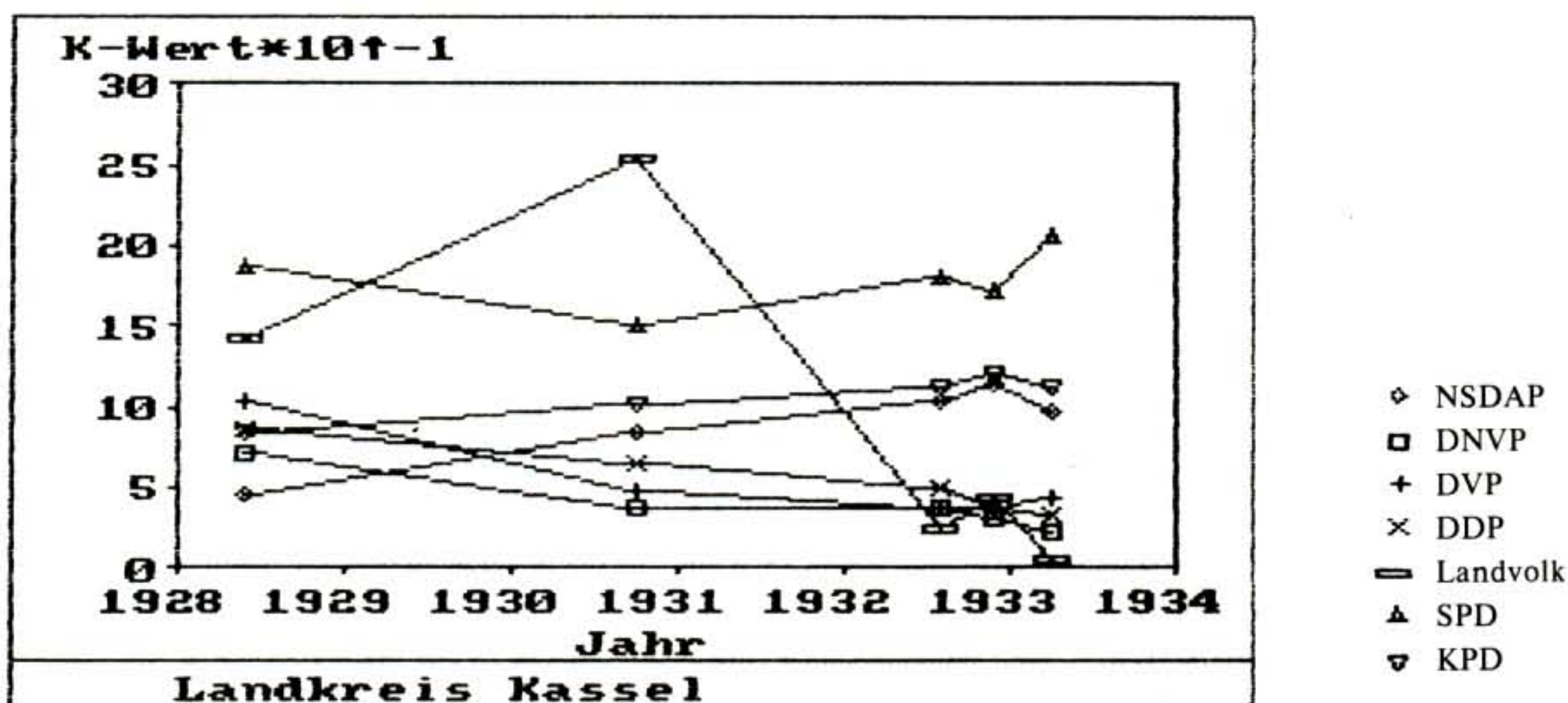


Schaubild 2 zeigt die herausragende Bedeutung der SPD, die es in der Tat rechtfertigt, von einem „roten Wahlkreis“ zu reden, wenn sichergestellt ist, daß damit nur die Stimmabgabe für die SPD gemeint ist und gleichzeitig weitere Besonderheiten (s. u.) berücksichtigt werden.

Die NSDAP beginnt unterproportioniert und erreicht 1932 nahezu den Reichsindex. Es fällt auf, daß die KPD eine sehr vergleichbare Entwicklung durchläuft. Die Indexwerte der KPD veranschaulichen daneben (ebenso wie die partielle Korrelation), wie gering die KPD-Stimmen 1932/33 von der SPD beeinflußt werden.

Wenn der Landkreis Kassel charakterisiert wird, dann darf nicht nur die herausragende Rolle der SPD-Stimmen unterstrichen werden. Vielmehr muß auf die sehr spezielle Entwicklung des Landvolkes (1928-1932) hingewiesen werden. Schließlich (vgl. Tabellenanhang) charakterisiert es den evangelischen Landkreis Kassel, daß er eine Hochburg des CSVD darstellt. Der CSVD ist ähnlich überdeutlich vertreten wie die SPD.

Die Wahlgänge der Reichspräsidentenwahl tragen weitere Details zu diesem Bild bei. Alle Kandidaten (in aufsteigender Reihenfolge: Hindenburg, Hitler und Thälmann) weichen vom Reichsindex ab. Dabei zeigt sich, daß Thälmann trotz seines absolut schlechten und stark schwankenden Abschneidens im Vergleich zum Reich in beiden Wahlgängen im Landkreis Kassel überdurchschnittlich gute Ergebnisse erzielt. Der absolute Befund wird dadurch relativiert, daß die festgestellten negativen Charakteristika des Abstimmungsverhaltens für Thälmann im Landkreis Kassel weniger durchschlagend sind als im Reich.

Als Besonderheiten des Wahlverhaltens im Landkreis Kassel gegenüber dem Reich verdienen also festgehalten zu werden die überdurchschnittlichen Ergebnisse für SPD und CSVD (1928-1933) und das Intermezzo des Landvolks (1928, 1930). Diese vielfältigen Entwicklungen sowie insgesamt die Differenziertheit des Landkreises Kassel verblassen, wenn zu starkes Gewicht auf den „roten Wahlkreis“ gelegt wird.

Angeichts des nahezu gleichgewichtigen Rückgangs der bürgerlichen Parteien (DNVP, DVP, DDP) fällt der Anstieg der NSDAP relativ moderat aus. Ob hierin ein weiteres Argument für eine etwaige „Röte“ des Landkreises liegt, bedürfte jedoch weiterer Analysen (u. a. zur besonderen Qualität einer sozialdemokratischen Kommunalpolitik).

Anmerkungen zur Herkunft der NSDAP-Stimmen in einzelnen Gemeinden des Landkreises Kassel (9.1930, 7.1932)⁷⁷

Wenn das Wahlverhalten zum 5. und 6. Reichstag auf der Ebene der Einzelgemeinden betrachtet wird, so fallen jenseits der Durchschnittswerte einige Unterschiede und Besonderheiten einzelner Gemeinden auf. Unterscheidet man die Gemeinden nach der Zahl der abgegebenen gültigen Stimmen (>500, >1000, <1000) in kleine, mittlere und größere Gemeinden, so werden unterschiedliche pronazistische Mobilisierungs- und Wanderungseffekte erkennbar.

Von 1930 auf 1932 dominiert so in den Kleingemeinden das Zusammentreffen von NSDAP-Erfolg und Landvolk-Niederlage. Beispielsweise nimmt das Landvolk in Dörnhagen von 144 bis auf 1, in Hertingshausen von 72 auf 0 und in Kirchbauna von 90 auf 0 Stimmen ab. In Kirchbauna versechsfacht, in Hertingshausen verachtfacht die NSDAP ihre Stimmen. In beiden Orten kommt es auch zum Rückgang der SPD, ohne daß die KPD davon profitiert. Bei nahe-

zu konstanten Arbeiter- und Bürgerstimmen vervielfacht die NSDAP in Dörnhagen ihre Stimmenzahl.

Die mittleren Gemeinden weisen vom Grundsatz her dasselbe Ergebnis auf, jedoch prägt dieser Befund diese Größenklasse nicht so eindeutig. Das Wanderungsbild ist hier vielfältiger.

Im Crumbach zeigt sich, daß der Rückgang von Landvolk und bürgerlichen Parteien gemeinsam den NSDAP-Aufstieg bedingt. In Niederkaufungen geht das Landvolk von 138 auf 0 Stimmen zurück, die NSDAP vervierfacht ihr Ergebnis, und beide Arbeiterparteien nehmen zu. Helsa zeigt eine Abnahme der WP von 50 auf 0 Stimmen, die offensichtlich der NSDAP zugute kommt.

Einen vielschichtigen Eindruck vermitteln Nordshausen und Sandershausen. In Nordshausen verdoppelt die NSDAP ihre Stimmenzahl, während die bürgerlichen Parteien deutlich abnehmen und Landvolk, CSVD und WP von 55 auf 17 Stimmen zurückschrumpfen. Sandershausen zeigt ebenso einen starken Rückgang von Landvolk und WP, diese beiden Parteien und der CSVD nehmen von 126 Stimmen bis auf 24 ab; die NSDAP kann ihre Wähler vervierfachen.

Die größeren Orte weisen ebenfalls ein differenziertes Bild auf. In Heiligenrode erklärt sich die Vervielfachung der NSDAP-Stimmen erst durch das Verschwinden des Landvolks, das 1930 noch 107 Wähler vereinigt hat. Prägender aber ist in dieser Gruppe ein stärker ausdifferenziertes Wanderungsmuster, das den NSDAP-Erfolg überwiegend als das Zusammenspiel von Mißerfolgen der bürgerlichen Parteien und der Interessenparteien Landvolk, WP und CSVD erklärt.

In Harleshausen verdoppelt die NSDAP ihre Stimmen, während Landvolk, WP und CSVD von 228 auf 49 Stimmen zurückgehen. Klar läßt sich die Wanderung der bürgerlichen Wähler von DVP und Staatspartei über DNVP und WP zur NSDAP beobachten. Ihringshausen bestätigt die Bedeutung der vormaligen Landvolk-, WP- und CSVD-Stimmen, die von 277 auf 19 zusammensinken. Niedervellmar zeigt die Besonderheit, daß die abgegebenen gültigen Stimmen nicht zunehmen, sondern um 379 zurückgehen. Dennoch verdoppeln sich die NSDAP-Stimmen, denen offensichtlich die Abnahme von Landvolk, WP und CSVD von 202 auf 25 zugute kommt; in Niedervellmar nehmen zudem beide Arbeiterparteien (stärker aber die SPD) ab. Auch in Niederzwehren wirken sich die SPD-Verluste *ceteris paribus* nur zur Hälfte für die KPD aus. Hier schwinden die bürgerlichen Parteien um das Dreifache und nehmen um 298 Stimmen ab; Landvolk, WP und CSVD verringern ihre Stimmen von 399 auf 116 (wobei mit 105 Stimmen allein der CSVD bestehen bleibt), die NSDAP kann ihre Stimmen in Niederzwehren verdreifachen. Oberkaufungen schließlich zeigt, daß im Juli 1932 bisweilen die DNVP vom starken Rückgang der bürgerlichen Parteien DVP und DStP profitiert. Die NSDAP kann ihre Wählerzahl nur um das 1,6fache vermehren, bei nahezu gleicher Gesamtzahl aller Stimmen spielt hier der Rückgang der CSVD von 238 auf einen Sockel von 84 Stimmen eine bedeutende Rolle.

Solche ersten Eindrücke fordern eine detaillierte Gemeindeuntersuchung heraus. Der Unterschied zur Bundesrepublik 1986 zeigt die Endphase der Weimarer Republik ein weites Spektrum politischer Verhaltensweisen, auch wenn als Resultante sich immer ein großer Anstieg der NSDAP ergibt. Ein Vergleich der Gemeinden zeigt, daß deren individuelle Besonderheit wesentlich größer

ist als heute. Gemeinden, die rund 5 km voneinander entfernt sind (Heckershausen und Weimar, Hoof und Kirchbauna), weisen ein so unterschiedliches Parteispektrum auf, daß nach den Differenzen ihrer politischen Kulturen gefragt werden muß. Die Bedeutung von Traditionen, Familienbeziehungen und Einzelpersönlichkeiten spielt in der Weimarer Republik eine bedeutendere Rolle als heute und begründet deutliche Unterschiede, selbst zwischen sozialstrukturell recht ähnlichen Gemeinden. Auch solche Besonderheiten werden verwischt, wenn global vereinheitlichend vom „roten Wahlkreis“ die Rede ist.

**Anmerkungen zur Wahlentwicklung in den Gemeinden
(September 1930, Juli 1932)**

Die Relation der kleinen, mittleren und größeren Gemeinden des Landkreises Kassel beträgt bezüglich der Wohnbevölkerung (1925) 1:2:3, so daß die absolut große Zahl der Kleingemeinden dennoch lediglich knapp die Hälfte der Kreisbevölkerung stellt. Diese Verteilung muß berücksichtigt werden, wenn die Herkunft der NSDAP-Stimmen nach Gemeindegrößenklassen betrachtet wird. Dabei wird nach 6 Größenklassen unterschieden, um ein möglichst differenziertes Bild zu gewinnen (>500, >700, >1000, >1600, >2000, <2000).

Aufgliederung der NSDAP-Wahlergebnisse nach Gemeindegrößenklassen

		9.1930			7.1932		
		(1)	(2)	(3)	(1)	(2)	(3)
NSDAP:							
Gemeindegrößenklassen:							
1	20	12,9	14,5	19	41,3	17,3	
2	5	13,3	7,5	6	34,8	8,4	
3	10	16,8	25,1	8	38,8	18,7	
4	5	14,7	18,8	10	38,2	32,3	
5	2	20,5	14,2	1	38,9	5,3	
6	2	16,8	19,9	2	39,4	17,5	

Legende: (1) Anzahl der Gemeinden, (2) NSDAP-Stimmen in % der gültigen Stimmen der jeweiligen Gemeindegrößenklasse, (3) Anteil der Gemeindegrößenklasse an den NSDAP-Stimmen

Lesebeispiel: 1930 entfallen auf die NSDAP in den 20 Gemeinden mit weniger als 500 gültigen Stimmen 12,9% der in diesen Gemeinden abgegebenen Stimmen. Diese Gemeinden tragen 14,5% zum Gesamtergebnis der NSDAP im Kreis bei.

Vergleicht man diese Aufgliederung mit den Durchschnittswerten des Kreisgebietes (15,6% bzw. 38,5%) so zeigt sich, daß die NSDAP 1930 gerade in kleineren Gemeinden unterdurchschnittlich abschneidet. Dort ist das Landvolk noch stark vertreten. Dagegen gewinnt die NSDAP gerade in den mittleren und großen Gemeinden überdurchschnittlich viele Wähler. Am Gesamtergebnis der NSDAP ist besonders die Gruppe der mittelgroßen Gemeinden beteiligt.

Im Durchschnitt der Jahre 1928 bis 1933 erbringen die Kleingemeinden nur 17,3 % der gesamten NSDAP-Stimmen des Landkreises. Die größeren Gemeinden stellen dagegen 26,5 % aller NSDAP-Stimmen (bei 25,3 % aller gültigen Stimmen, die dort abgegeben werden). Mit einem Schwerpunkt in den Mittelmunicipien zeichnet sich das Wahlergebnis der NSDAP also durch seine weitgehende Gleichverteilung aus. Erst 1932 ragen die Kleingemeinden relativ heraus, ohne daß sie beim absoluten NSDAP-Gesamtergebnis im Landkreis insgesamt eine überproportionale Rolle spielen. Die NSDAP ist somit sowohl in den großen und stadtnahen Arbeiterwohngemeinden als auch in den kleinen Landgemeinden stark vertreten.

Dies führt dazu, daß 1933 lediglich in der Größengruppe der kleineren Gemeinden von 500 bis 699 gültigen Stimmen eine mittelstarke Korrelation ($r = .77$, $R = .59$) zwischen der NSDAP-Wahl und dem Landwirtschaftsanteil der Bevölkerung besteht. Im gesamten Kreisgebiet beträgt der Korrelationskoeffizient zwischen den NSDAP-Stimmen vom 5. 3. 1933 und dem land- und forstwirtschaftlichen Bevölkerungsanteil am 16. 6. 1933 nur 0,485 ($R = .235$).

Für den Landkreis Kassel kann also ein hoher Zusammenhang zwischen Landwirtschaft und einer besonderen Neigung, die NSDAP zu wählen, nicht behauptet werden. Angesichts der nur schwachen Bedeutung der Landwirtschaft im Kreisgebiet lassen sich die gleichverteilten NSDAP-Erfolge nur durch ihre Vielschichtigkeit und nicht durch die herausragende Bedeutung der Wähler aus den kleineren Landgemeinden erklären. Die spektakulären „Ausreißer“ (Hertingshausen) verzeichnen das Gesamtbild, wenn sie nicht relativ gelesen und gleichwohl als absolute Besonderheit gewürdigt werden.

III.

Perspektiven einer politisch-kulturellen Wahlforschung

Die Wahlanalyse des Landkreises Kassel muß in nachfolgenden Arbeitsschritten dahingehend vertieft und ausgeweitet werden, daß die Entwicklung der SPD ähnlich genau verfolgt wird, wie dies hier näherungsweise für die NSDAP-Erfolge geschehen ist. Ferner müssen die Besonderheiten der Einzelgemeinden, bezogen auf den Kreisdurchschnitt und die Vergleichsebene der Stadt Kassel, weiter untersucht werden. Neben der Wahlentwicklung muß dabei größeres Augenmerk auf die soziale Zusammensetzung und das Vereinsleben dieser Gemeinden gelegt werden, um die Besonderheiten örtlicher politischer Kulturen erfassen zu können⁷⁸.

Schließlich ist es dringend geboten, auf Individualdaten mit Hilfe von Umfragen und Einzelinterviews zu schlußfolgern. Die Frage nach den Gründen des Wahlverhaltens läßt sich dann näherungsweise vielleicht doch noch stellen.

Die bisherigen Ergebnisse zeigen, daß sozialstrukturelle und parteipolitische Merkmale nicht ausreichen, um die Wahl der NSDAP verstehen zu helfen. Die sozialstrukturellen Bestimmungen der Gemeinden und sozialen Gruppen sowie die politisch-kulturell verankerten längerfristigen Parteipräferenzen der Wählergruppen werden in der Endphase der Weimarer Republik ganz offensichtlich – vor allem im Verlauf des Jahres 1931 – durch kurzfristige „politische“ Überlegungen geändert.

Diese Wechsel und Wählerwanderungen bestimmen das Bild von NSDAP und KPD ebenso wie das faktische Verschwinden der bürgerlichen Parteien und Wählergruppen im Landkreis Kassel. Insofern verhält sich der Großteil der SPD-Wähler eher atypisch, indem er seiner langfristigen Parteisympathie und seinem politischen Kulturkreis „treu“ bleibt und selbst in Zeiten krisenhaften und vehementen Wandels im Reich und vor Ort wenig Grund zur Verhaltensänderung sieht. Dieses Zusammenspiel von Wandel und Konstanz bedarf aber doch noch der weiterführenden Analyse.

Nach allen Ausführungen sollte – wenn überhaupt – nurmehr mit großer Zurückhaltung vom „roten Wahlkreis“ geredet werden, wenn der Landkreis Kassel in der Endphase der Weimarer Republik umfassend charakterisiert werden soll. Dieses Urteil suggeriert eine Statik und eine Konstanz, die einer differenzierteren Sichtweise nicht standhalten. Viele der Gemeinden weisen eine solche politische Vielfalt auf, daß das Gesamturteil „rot“ – das sich beim gegenwärtigen Kenntnisstand begründet sowieso nur auf Wahlergebnisse beziehen läßt – nur ablenken kann. Schließlich wirft der Landkreis Kassel bei aller Dominanz und Konstanz der Sozialdemokratie die vielfältigen Fragen nach den monokausal nicht darstellbaren und zu erklärenden Erfolgsursachen des NSDAP auf. Gerade in dieser Hinsicht lenkt die Bezeichnung „roter Wahlkreis“ von wissenschaftlich und politisch notwendiger Arbeit ab.

Anmerkungen:

- 1 Es handelt sich um das von der Gesamthochschule Kassel im Rahmen der Arbeitsgruppe „Nationalsozialismus in Hessen“ geforderte Forschungsprojekt „Politische Kultur des Landkreises in der Endphase der Weimarer Republik“. Im Rahmen dieses Projekts haben Werner Dobslaw und Manfred Kieserling die mühselige Arbeit der Sammlung der Wahldaten (1919 bis 1933) für die Einzelgemeinden geleistet. Mangels amtlicher Unterlagen mußten die Wahlergebnisse den Berichten der Zeitungen „Kasseler Volksblatt“ und „Kasseler Post“ entnommen werden. Nur in wenigen Fällen erlauben die Wahlberichterstattungen in der „Statistik des Deutschen Reichs“ und im „Statistischen Jahrbuch für den Freistaat Preußen“ einen direkten Vergleich. Die Abweichungen von den amtlich festgestellten und veröffentlichten Gesamtergebnissen bewegen sich (1928-1933) in der vertretbaren Fehlergrenze einer durchschnittlichen Differenz von 1,16% zwischen der amtlichen Statistik und den Zeitungsangaben für alle Einzelgemeinden; lediglich 1930 gibt es mit 5,35% eine größere Abweichung, weil sich für 3 Gemeinden keine Angaben in den Zeitungen finden lassen.
Das Manuskript ist im September 1986 abgeschlossen worden.
- 2 Ulrich Schneider (Hrsg.): Hessen vor 50 Jahren – 1933, Frankfurt 1983, S. 179.
- 3 Gerhard Beier: Arbeiterbewegung in Hessen, Frankfurt 1984, S. 295.
- 4 Christine Fischer-Defoy: Arbeiterwiderstand in der Provinz. Arbeiterbewegung und Faschismus in Kassel und Nordhessen 1933-1945, Berlin 1982, S. 44, s. S. 44-46, wo Fischer-Defoy die entsprechende *folklore* auf bruchstückhaft-elektischer Datengrundlage zusammenfaßt. Zur Darstellung und Kritik dieser Bewertung des Landkreises vgl. zusammenfassend Eike Henning (Hrsg.): Hessen unterm Hakenkreuz, Frankfurt 1983, S. 407-419. – Zur grundsätzlichen Kritik der unzureichenden Arbeit Fischer-Defoys vgl. die Besprechung durch Horst Steffens in: Internationale wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, 21 (1985), S. 544-546.
- 5 Peter Wieden, Claus Feldner: Niederzwehren, wie es früher war, Gudensberg-Gleichen 1986, S. 93.
- 6 Claus Feldner, Peter Wieden: Harleshausen, wie es früher war, Gudensberg-Gleichen o. J. (1984), S. 105, vgl. auch S. 64f.; ausführlicher äußern sich die Autoren in der Zusammenfassung ihrer Abschlußarbeit: „Das 'Rote Wedding' vor den Toren Kassels. Ein Beitrag zur Sozialgeschichte des Arbeiterdorfes Harleshausen in der Weimarer Republik“. – In: Prisma. Die Zeitschrift der Gesamthochschule Kassel, Nr. 29/Nov. 1982, S. 65-73.

- 7 „Ochshausen: Eine rote Bastion wird geschleift“. – In: Die Zerschlagung der Freien Gewerkschaften in Kassel 1933, Kassel 1983, S. 16; Herbert Pinno: Ochshausen – 5. März 1933. Eine rote Bastion wird geschleift, Fuldabrück 1985 (= Vorabdruck aus: Jörg Kammler u. a., Hrsg.: Kassel in der Zeit des Nationalsozialismus, Bd. 2, im Druck; Jörg Kammler u. a.: Volksgemeinschaft und Volksfeinde, Fuldabrück 1984, S. 51, 298.
- 8 SA-Brigade 47 (Kassel), Hrsg.: Die Geschichte der kurhessischen SA, beauftragt m. d. verantwortl. Schriftleitung d. ges. Inhalts: SA-Truppenführer Karl Poppe, Kassel 1935, S. 88 ff., 109, 111 f., 117 ff., 127. – Das Urteil entspricht (bei diametraler Bewertung) demjenigen von Willi Belz: Die Standhaften. Über den antifaschistischen Widerstand in Kassel und im Bezirk Hessen-Waldeck 1933-1945, Kassel 1978, S. 20.
- 9 Vom Mai 1928 bis zum Sommer 1932 wachsen in Ochshausen die NSDAP-Stimmen um 2200%. Das durchschnittliche Wachstum der NSDAP-Stimmen beläuft sich von Wahl zu Wahl auf 143,1%. Absolut nehmen die NSDAP-Stimmen folgendermaßen zu: 3 (1928), 7 (1929), 26 (1930), 70 (4.1932), 69 (7.1932). Vgl. Pinno a. a. O. (Anm. 7), S. 4.
- 10 Statistik des Deutschen Reichs, Bd 456 = Volks-, Berufs- und Betriebszählung vom 16. Juni 1933. Berufszählung. Die berufliche und soziale Gliederung der Bevölkerung in den Ländern und Landesteilen Süddeutschland und Hessen, Heft 25: Provinz Hessen-Nassau, Berlin 1936, S. 25/7.
Eine sozialstrukturelle Auswertung der Adreßbücher steht noch aus. Vgl. bes.: Adreß- und Einwohnerbuch der Stadt Kassel sowie sämtlicher Ortschaften des Landkreises Kassel 1932, 26. Jg, Kassel 1931, 3. Teil, S. 267-351.
- 11 Ochshausen ist mit 1054 Einwohnern eine mittelgroße Gemeinde, deren landwirtschaftlicher Bevölkerungsanteil bei 13,9% liegt (vgl. Anm. 10). Von 1928 bis zum Sommer 1932 erhält die SPD – bei einer Schwankung (s) von 22,7 – im Durchschnitt 446 Stimmen (76,9%). Auf die KPD entfallen – bei größerer Abweichung (s = 25,4) – durchschnittlich 61 Wähler. Bei einer vergleichsweise geringen Schwankung (s = 58), was die Konstanz der SPD- und KPD-Wähler veranschaulicht, entfallen auf die beiden Arbeiterparteien im Durchschnitt 496 Stimmen oder 87,2%. Selbst die Minimalwerte von 72,1% für die SPD (in der Wahl zum preußischen Landtag am 24. 4. 1932) und von 84,4% für beide Parteien (in derselben Wahl) rechtfertigen den Ausdruck „rotes Dorf“ mit einer fest verankerten Sozialdemokratie (Pinno a. a. O. – Anm. 7). – Dieser Eindruck darf aber nicht für den Gesamtkreis verallgemeinert werden! Dazu, Beier, Arbeiterbewegung, a. a. O. (Anm. 3), S. 295 f.
- 12 Um den komplexen Begriff „politische Kultur“ und die ebenso vielschichtige Forschungsrichtung vorzustellen, soll hier pauschal auf drei Überblicksdarstellungen hingewiesen werden. Eine anschauliche Darstellung der Ansätze und Ergebnisse der politischen Kulturforschung liefert: Wolf Michael Iwand: Paradigma Politische Kultur, Opladen 1985. Einen auf Deutschland bezogenen Überblick über die Arbeitsfelder und Methoden dieser interdisziplinären Forschungsrichtung mit ihrer charakteristischen Verbindung von Struktur- und Individualdaten sowie der Analyse von demokratischen und antidemokratischen Potentialen bieten: Martin Greiffenhagen u. a. (Hrsg.): Handwörterbuch zur politischen Kultur der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 1981, vgl. dort auch den Beitrag zum Stichwort Nationalsozialismus (S. 257-260). Als historische und gegenwartsbezogene Einführung sei schließlich erwähnt: Peter Reichel: Politische Kultur in der Bundesrepublik, Leverkusen 1981.
- 13 Hertingshausen hat 250 Einwohner mit einem land- und forstwirtschaftlichen Anteil von 57,2%. 1928 erhält die NSDAP gar keine, 1930 sind es 17 Stimmen (13,3%). Der Ort liegt also unter dem Kreisdurchschnitt. 1932 erhält die NSDAP im April 127 und im Juli 137 Stimmen, d. s. 84,7% bzw. 87,3% der gültigen Stimmen und Steigerungen von 647,1% bzw. 705,9%.
- 14 Dazu vgl. als Überblick Gerhard A. Ritter (Hrsg.): Arbeiterkultur, Königstein 1979; Hartmann Wunderer: Arbeitervereine und Arbeiterparteien, Frankfurt/New York 1980; Logie Barrow, Dirk Hoerder (Hrsg.), Arbeiterkultur und Industrialisierung = Argument Sonderbd. AS 88, Berlin 1982; auch das 1. Kapitel von Heinrich August Winkler (Der Schein der Normalität. Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Berlin/Bonn 1985) setzt sich mit der Analyse von Arbeiterkultur und -bewußtsein auseinander.
- 15 Dazu G.A. Stör: 1877: Erste Dampfbahn Deutschlands in Kassel, 1977: Ein Jahrhundert Kasseler Nahverkehr, Kassel 1977, bes. S. 9 f., 74 f., 89 ff.
Bis 1913 wird das Kasseler Straßenbahnnetz immer mehr ausgedehnt, um stadtnahe Gemeinden des Landkreises anzuschließen. Auch der Bau der Söhrebahn (1912) entspricht dieser Verkehrspolitik. In der Weimarer Republik werden entsprechende Omnibuslinien gegründet, die sogar die etwas weiter entfernten Orte anschließen.
Zu erwähnen ist schließlich die Kasseler Eingemeindungspolitik, die 1899 und 1906 5 Orte des Landkreises der Stadt integriert.

- 16 Dazu Rudolf Summa: Kasseler Unterschichten im Zeitalter der Industrialisierung, Darmstadt u. Marburg 1978, S. 64 ff., 93 ff., 146 ff., 161 ff..
- 17 Allgemein dazu Summa, a. a. O. (Anm. 16), S. 30 ff.; Jürgen Höpken: Die Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung 1914 bis 1922, Darmstadt u. Marburg 1983, S. 11 ff.; zusammenfassend vgl. Klaus Eiler: Hessen im Zeitalter der industriellen Revolution, Frankfurt 1984, S. 91 f., 138 f., 171 ff. – Als beispielhafte Monographie vgl. Claus Feldner, Peter Wieden: Stadtteilgeschichte als Gegenstand stadtbezogener VHS-Arbeit am Beispiel der Sozialgeschichte Harleshausens. Sozial-päd. Dipl.-Arb., Kassel 1982, bes. S. 164, 170; dies.: Harleshausen, a. a. O. (Anm. 6), S. 44, 59, 64; dies.: „Das 'Rote Wedding'“, a. a. O. (Anm. 6), S. 66; Wieden/Feldner: Niederzwehren, a. a. O. (Anm. 5), S. 7 ff., 18 ff., 27, 31, 36 ff..
- 18 Vgl. dazu die Schilderung in: 80 Jahre SPD Ortsverein Großenritte, 1982, S. 6 f., ähnliche Berichte finden sich in vielen Gemeindechroniken (z. B. Eschenstruth, Heiligenrode, Sandershausen).
Zur Analyse vgl. Kurt Wagner, Gerhard Wilke: Dorfleben im Dritten Reich: Körle in Hessen. – In: Detlev Peukert u. a. (Hrsg.): Die Reihen fast geschlossen, Wuppertal 1981, hier bes. S. 85 bis 90; Beate Brüggemann, Rainer Riehle: Das Dorf. Über die Modernisierung einer Idylle, Frankfurt/New York 1986, bes. S. 30 ff., 106 ff.; für Gemeinden des Landkreises vgl. Wieden/Feldner: Niederzwehren, a. a. O. (Anm. 5), S. 18 ff.; Günter Dietert: Die politische und soziale Entwicklung einer Gemeinde im Landkreis Kassel, dargestellt am Beispiel Großenritte in der Endphase der Weimarer Republik. Wiss. Hausarb. (Sek. II), Kassel 1984; viele Hinweise finden sich ferner bei Walter Schreiner, Agrarpolitische Untersuchungen im Landkreis Kassel unter besonderer Hervorhebung der Betriebsgrößen, Diss. phil., Gießen 1929.
- 19 So z. B. in Großenritte (80 Jahre SPD, a. a. O. – Anm. 18, S. 11 f.) und Harleshausen (Feldner/Wieden: Harleshausen, a. a. O. – Anm. 6, S. 36 f.). Vgl. auch Höpken, Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung, a. a. O. (Anm. 17), S. 317 f. – Aus dem zersplitterten Nachlaß (NL) des Kasseler Reg. Präs. Dr. Friedensburg und aus den wenigen erhaltenen Stellenakten vgl. dazu bes.: Bundesarchiv Koblenz: NL Friedensburg Nr. 3, S. 176 ff.; Geheimes Staatsarchiv Berlin-Dahlem: NL Friedensburg Rep. 77/4839, Bl. 40 ff., 53 ff.; vgl. auch GStA Rep 77/4840, Rep. 90/1054. Die wichtigsten Archivalien sind aufgeführt in: Grundriß zur deutschen Verwaltungsgeschichte 1815-1945, Reihe A: Preußen, Bd 11: Hessen-Nassau (einschl. Vorgänger-Staaten), bearb. v. Thomas Klein, Marburg 1979, S. 397. – Diese Hinweise bezeichnen auch diejenigen Archivalien, aufgrund derer die Anmerkungen über die „roten“ Landräte verfaßt worden sind.
- 20 Winkler: Schein der Normalität, a. a. O. (Anm. 14), S. 166.
- 21 Beier: Arbeiterbewegung, a. a. O. (Anm. 3), S. 237 ff., Beier folgt der Darstellung von Höpken: Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung, a. a. O. (Anm. 17), S. 59 ff., 138 ff., 168 ff.; vgl. auch Wieden/Feldner: Niederzwehren, a. a. O. (Anm. 5), S. 50 f..
- 22 Höpken: Geschichte der Kasseler Arbeiterbewegung, a. a. O. (Anm. 17), S. 290, 294 ff..
- 23 Ebda, S. 326, vgl. auch S. 68 ff., 162 ff..
- 24 Ebda, S. 99 ff..
- 25 Ebda, S. 59 ff..
- 26 Ebda, S. 287 ff. 294, 300 ff..
- 27 Ebda, S. 316 ff. – Höpken redet bei Behandlung der Frage nach „Reformen in den Gemeinden, Landkreisen und im Regierungsbezirk“ gar nicht erst von Inhalten sozialdemokratischer Politik (anders als bezogen auf die Stadt Kassel: S. 306 ff., 312 ff.), sondern allein vom personalpolitischen Problem, geeignete (und regierungsgenehme) Kandidaten für die Wahlämter zu finden.
- 28 Mitte 1930 gibt es im Landkreis Kassel erst eine Ortsgruppe mit 20 Mitgliedern. (Nach: Eberhart Schön: Die Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, Meisenheim 1972, S. 98. Fischer-Defoy, Arbeiterwiderstand, a. a. O. – Anm. 4, S. 46).
Hier sei auch auf die rückblickenden NS-Selbstdarstellungen hingewiesen. In: Der Sturm. Amtliches Mitteilungsblatt der NSDAP-Kassel-Stadt, hrsg. v. d. NSDAP Kreisleitung Kassel – Febr. 1937: Großenritte/Ortsgruppe Großenritte, S. 5-18, März 1937: Harleshausen/Ortsgruppe Harleshausen, S. 5-17, Apr. 1937: Niederzwehren/Ortsgruppe KS-Niederzwehren, S. 10-20, Mai 1937: Helsa/Ortsgruppe Helsa, S. 10-14, Juni 1937: Oberzwehren/Ortsgruppe Oberzwehren, S. 9-16, Juli 1937: Oberkaufungen/Ortsgruppe Oberkaufungen, S. 7-14. – Aus diesen Angaben lassen sich folgende Gründungsdaten von Ortsgruppen entnehmen: Helsa: 1925 und Neugründung Juni 1930, Oberzwehren: 1. 2. 1930 – 20 Mitglieder, Oberkaufungen: Aug. 1930 – 16 Mitglieder, Großenritte: 24. Okt. 1931 – rd. 25 Mitglieder, Harleshausen: Ende 1931 – rd. 20 Mitglieder, Niederzwehren: Ende 1931 – rd. 30 Mitglieder, Vollmarshausen: 20. 2. 1932.
- 29 Zur Darstellung der NS-Propaganda vgl. in diesem Zusammenhang Hans-Gerd Jaschke: Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus, Opladen 1982, S. 172 ff.; für Hessen

- vgl. zahlreiche Hinweise in Schön: Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, a. a. O. (Anm. 28), S. 86f., 88f., 91ff., 94, 119, 165, 172, 175ff., 198ff.
- 30 Zu diesem Problem vgl. Eike Hennig: 'Der Hunger naht' – 'Mittelstand wehr Dich' – 'Wir Bauern misten aus'. Über angepaßtes und abweichendes Wahlverhalten in hessischen Agrarregionen. – In: ders. (Hrsg.): Hessen unterm Hakenkreuz, a. a. O. (Anm. 4), S. 379-432, hier bes. S. 393-410, s. auch S. 22f.
- 31 Zur Evidenz und zum Vergleich der Wahlergebnisse des Landkreises Kassel vgl. Hennig: Hessen unterm Hakenkreuz, a. a. O. (Anm. 4), S. 56ff., 98f., 101, 412-414. Vgl. ferner Hessisches Statistisches Landesamt (Hrsg.), Hessen im Wandel der letzten hundert Jahre 1860-1960, Wiesbaden 1960, Abschnitt D „Wahlen“; W. Menges, W. Toonen: Deutsche Parteientwicklung und Wahlentscheidung seit 1871 mit besonderer Berücksichtigung der Entstehung des politischen Bildes von Hessen. – In: Social Compass, 4 (1956), S. 68-97; Thomas Klein (Hrsg.): Der Regierungsbezirk Kassel 1933-1936, Darmstadt u. Marburg 1985, S. CXII ff. (= Einl., „Die politische Entwicklung 1912-1933“).
- 32 „Wesentlich“ (S. 256 – Anm. 17, 259 – Anm. 111) folgt Fischer-Defoy (Arbeiterwiderstand, a. a. O. – Anm. 4, S. 44-46) einer Examensarbeit: Artur Mehmet: Das „Kasseler Volksblatt“ 1932/33. Zur Geschichte der Arbeiterbewegung in Kassel in der Endphase der Weimarer Republik. Wiss. Hausarbeit (Sek. I), Kassel 1976, S. 160-165. Fischer-Defoy identifiziert (wie Mehmet) die personale Reichspräsidentenwahl mit den Listenwahlen zum Reichstag und verwendet die falsche Bezeichnung „SPD (Hindenburg)“, auch die Aufbereitung der Wahlergebnisse ist mangels absoluter Stimmangaben unzulässig. Mehmet, Fischer-Defoy und Frenz (s. Anm. 34) gehen bereits von einer falschen Gemeindeganzheit aus (45 statt 46).
- 33 Fischer-Defoy: Arbeiterwiderstand, a. a. O. (Anm. 4), S. 46. Dieses Urteil widerspricht völlig den aufgeführten NS-Ergebnissen in den Großgemeinden (s. S. 45), so erhält die NSDAP in Harleshausen 36% der Stimmen! 13 Orte (darunter Niederrhede, wo 41,4% auf die NSDAP entfallen) werden zudem gar nicht beachtet! Zur These der dominanten Kleingemeinden im NSDAP-Stimmenkonto vgl. Schön: Entstehung des Nationalsozialismus in Hessen, a. a. O. (Anm. 28), S. 180ff., 200, 205f.; diese These ist aber unhaltbar, wenn die Gewichtung aller NS-Stimmen beachtet wird, vgl. Hennig: Hessen unterm Hakenkreuz, a. a. O. (Anm. 4), S. 408-410.
- 34 Wilhelm Frenz, Der Aufstieg des Nationalsozialismus in Kassel 1922 bis 1933. – In: Hennig: Hessen unterm Hakenkreuz, a. a. O. (Anm. 4), S. 63-106, hier S. 88.
- 35 Wieden/Feldner: Niederrhede, a. a. O. (Anm. 5), S. 54, 93; Feldner/Wieden: Harleshausen, a. a. O. (Anm. 6), S. 65, 68, 108.
- 36 Hennig: Wahlverhalten, a. a. O. (Anm. 30), S. 412; Fischer-Defoy: Arbeiterwiderstand, a. a. O. (Anm. 4), S. 30ff., 34, 43, unter dem Stichwort der verpaßten „Einheitsfront gegen den Faschismus“ wird hier auch (ähnlich wie bei Mehmet und Belz) der politische Gegensatz von SPD und KPD angesprochen: S. 49ff., 65ff..
- 37 Feldner/Wieden: Harleshausen, a. a. O. (Anm. 6), S. 101f.; Belz: Die Standhaften, a. a. O. (Anm. 8), S. 9f., 23, 25, 36, 46. – Diese Interpretation entspricht der Zuordnung der NSDAP zu den ländlichen Kleingemeinden und ist Ausdruck der Deutung durch Arbeitervertreter, vgl. Hennig: Wahlverhalten, a. a. O. (Anm. 30), S. 418f.. Den Tenor dieser Interpretation gibt gut ein ehemaliger Kommunist in einem 1983 geführten Gespräch wieder: „Es war nur eine Minderheit von Oberkaufungen, einige Bauern und solche, die sozusagen zum Lumpenproletariat gehörten, die gewissermaßen für ein braunes Hemd und ein Essen zur SA eingetreten sind“. (Kammler: Volksgemeinschaft, a. a. O. – Anm. 7, S. 207).
- 38 Beispielhaft seien erwähnt William Sheridan Allen: Das haben wir nicht gewollt! Gütersloh 1966; Zdenek Zofka: Die Ausbreitung des Nationalsozialismus auf dem Lande, München 1979; zusammenfassend vgl. Jaschke: Soziale Basis, a. a. O. (Anm. 29). 1987 ersch. (Sonderh. Politische Kulturforschung der Politischen Vierteljahresschrift) ein Beitr. d. Verf. zur Politischen Kultur des Landkreises Kassel in der Endphase der Weimarer Republik.
- 39 Vgl. Anm. 1 zur Datenqualität der Zeitungsberichterstattung.
- 40 Zusammenfassend vgl. Dirk Hänisch: Sozialstrukturelle Bestimmungsgründe des Wahlverhaltens in der Weimarer Republik, Duisburg 1983, der sich auf rd. 800 Land- und Stadtkreise stützt. Als Beispiel für die Analyse kleinerer Einheiten (i. S. die Stadtviertel) vgl. Fritz Hasselhorn: Wie wählte Göttingen? Göttingen 1983.
- 41 Eine solche Datensammlung würde z. B. – gestützt auf die Auswertung der Zeitungsberichterstattung und der Bruchstücke der amtlichen Polizeistatistik – Angaben über Versammlungen, Zusammenstöße, Strafprozesse, Vereine und besondere Ereignisse (wie Notstandsarbei-

- ten, politische Feiern, ein „Deutscher Tag“ z. B.) erlauben. Die Stimmabgabe könnte so besser mit Angaben zur politischen Kultur und zur Aktivität des politischen Systems verglichen werden.
- 42 Dazu Iwand, Politische Kultur, a. a. O. (Anm. 12), bes. S. 514 ff.; Hans Paul Bahrdt, Zusammenhänge zwischen Mikro- und Makrosoziologie. – In: *Annali di Sociologia/Soziologisches Jahrbuch* 1 (1985), S. 141-152.
 - 43 Vgl.: Kasseler Volksblatt v. 10., 12. und 17. 5. 1932 – z. T. faksimiliert in: Hessisches Institut für Bildungsplanung und Schulentwicklung (Hrsg.), *Nationalsozialismus, Unterrichtsvorschläge und Materialien 1 = Materialien zum Unterricht, Sek. I – H. 54*, Wiesbaden 1985, S. 200; vgl. Frenz: *Aufstieg des Nationalsozialismus*, a. a. O. (Anm. 34), S. 77 ff.; Fischer-Defoy: *Arbeiterwiderstand*, a. a. O. (Anm. 4), S. 31 f.; die Situation in Kassel veranschaulichen viele Angaben in Peter Faulstich u. a.: *Gewerkschaften in Kassel vor 1933 = Materialien zur Weiterbildung 22/Kooperationsmaterialien Nr. 5*, Kassel 1983, S. 29 ff., 55 ff..
 - 44 Vgl.: *Verwaltungsbericht des Landkreises Kassel für das Jahr 1931*, bes. S. 17 ff.; Fischer-Defoy: *Arbeiterwiderstand*, a. a. O. (Anm. 4), S. 31.
 - 45 Klein: *Regierungsbezirk Kassel*, a. a. O. (Anm. 31), S. LXIV ff..
 - 46 Ebenda, S. LXXVIII ff., XCV ff.; Frenz (Anm. 43); Fischer-Defoy: *Arbeiterwiderstand*, a. a. O. (Anm. 4), S. 21 ff..
 - 47 Klein: *Regierungsbezirk Kassel*, a. a. O. (Anm. 31), S. XCVIII; vgl. auch Fischer-Defoy: *Arbeiterwiderstand*, a. a. O. (Anm. 4), S. 26. Klein (S. CX) erwähnt strukturell auch einen Rückgang der Arbeitnehmerzahl im Landkreis um 58% von 1927 (5.554) auf 1932 (2.331), dieser Rückgang ist einschneidender als in der Stadt Kassel.
 - 48 *Berufszählung 1933*, a. a. O. (Anm. 10), S. 25/42 f..
 - 49 Vgl. Fischer-Defoy, a. a. O. (Anm. 4), S. 34 f., 38 f.; die Angaben für die NSDAP finden sich bei Frenz (a. a. O. Anm. 34), der an einer größeren Studie über die Zusammensetzung der Kasseler NSDAP arbeitet; Jörg Kammler hat die Daten für die Arbeiterparteien gesammelt, die Arbeit ersch. demnächst in: *Volksgemeinschaft Bd. 2* (vgl. Anm. 7).
 - 50 Dies gilt bes. für die Begründung der Wahl der NSDAP, wenn z. B. Kurt Eckehart (*Fieberkurve oder Zeitenwende? München 1931*, S. 29, 60, 62) in seiner Schrift für das „gebildete Bürgertum“ die Endphase von Weimar als Apokalypse schildert und nurmehr die Entscheidung zwischen „Sowjetdeutschland“ oder NSDAP sieht – allein für diese Parteien wird gestorben –, dann begründet dies zwar die Wahl der NSDAP (nur sie ist in der Lage, „Deutschland vor dem Versinken im Chaos bolschewistischen Blutauschs zu bewahren“); die Begründung für diese Sichtweise der politischen Entwicklungslinien (die schließlich die Macht der KPD weit überschätzt) kann aber lediglich plausibel und als Evidenz dargestellt werden. Vgl. Hennig: *Wahlverhalten*, a. a. O. (Anm. 30), S. 394, 401 ff..
 - 51 Vgl. Hagen Schulze: *Weimar. Deutschland 1917-1933*, Berlin 1982; Eberhard Kolb: *Die Weimarer Republik*, München/Wien 1984.
 - 52 Vgl. Hans-Peter Ehni: *Bollwerk Preußen?*, Bonn/Bad Godesberg 1975; Hagen Schulze: *Otto Braun oder Preußens demokratische Sendung*, Frankfurt/Wien 1977.
 - 53 Ehni: *Preußen*, a. a. O. (Anm. 52), S. 243; *Statistisches Jahrbuch für den Freistaat Preußen*, 29. Bd. Berlin 1933, S. 218 ff..
 - 54 Vgl. Schulze: *Weimar*, a. a. O. (Anm. 51), S. 377 f.; Ehni: *Preußen*, a. a. O. (Anm. 52), S. 263 ff..
 - 55 Dazu Hennig: *Hessen unterm Hakenkreuz*, a. a. O. (Anm. 4), bes. S. 15, 84 f., 261 f., 508.
 - 56 Vgl. Karl Dietrich Bracher: *Die Auflösung der Weimarer Republik*, Villingen 1955 (Königstein/Düsseldorf 1978⁶).
 - 57 Vgl. Sigmund Neumann: *Die Parteien der Weimarer Republik (1932¹)*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1965; Erich Matthias, Rudolf Morsey: *Das Ende der Parteien 1933*, Düsseldorf 1960; zu den Kleinparteien vgl. Martin Schumacher: *Zersplitterung und Polarisierung. Kleine Parteien im Weimarer Mehrparteiensystem*. – In: *Aus Politik und Zeitgeschichte B 31/1977*, S. 39-46; als dokumentierten Überblick vgl. Ernst Rudolf Huber: *Deutsche Verfassungsgeschichte seit 1789. Bd VI, Die Weimarer Reichsverfassung*, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1981, S. 157-303.
 - 58 Vgl. Eike Hennig: *Bürgerliche Gesellschaft und Faschismus in Deutschland, 1977¹*, Frankfurt 1982²; Martin Broszat: *Die Machtergreifung*, München 1984; Michael Kater: *The Nazi Party*, Cambridge 1983.
 - 59 Zusammenfassend vgl. Hänisch, a. a. O. (Anm. 40); bes. aber Jürgen W. Falter: *Wer verhalf der NSDAP zum Sieg?* – In: *Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28-29/1979*, S. 3-21; ders.: *Wählerbewegungen zur NSDAP 1924-1933*. – In: Otto Büsch (Hrsg.): *Wählerbewegung in der europäischen Geschichte*, Berlin 1980, S. 159-208; ders.: *Die Wähler der NSDAP 1928-1933: Sozialstruktur und parteipolitische Herkunft*. – In: Wolfgang Michalka (Hrsg.): *Die nationalsozialisti-*

- stische Machtergreifung, Paderborn u. a. 1985, S. 47-59; ders.: Politische Konsequenzen von Massenarbeitslosigkeit. – In: Politische Vierteljahresschrift, 25 (1984), S. 275-295.
- 60 Vgl. Anm. 57 und bes. Hans Mommsen (Hrsg.): Sozialdemokratie zwischen Klassenbewegung und Volkspartei, Frankfurt 1974.
- 61 Vgl. Anm. 57 und bes. Hermann Weber: Kommunismus in Deutschland 1918-1945, Darmstadt 1983.
- 62 Vgl. Anm. 57 und bes. Detlef Junker: Die Deutsche Zentrumspartei und Hitler 1932/33, Stuttgart 1969.
- 63 Neben den zit. Arbeiten (Anm. 57) wird bes. herangezogen: Dieter Fricke u. a. (Hrsg.): Lexikon zur Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland (1789-1945), 4 Bde, Leipzig/Köln 1983, 1984, 1985, 1986; als Zusammenfassung vgl. Hennig: Wahlverhalten, a.a.O. (Anm. 4), S. 396 f.
- 64 Lothar Döhn: Politik und Interesse, Meisenheim 1970, S. 396; zusammenfassend vgl. ders.: Wirtschafts- und Sozialpolitik der Deutschen Demokratischen Partei und der Deutschen Volkspartei. – In: Karl Holl u. a. (Hrsg.): Sozialer Liberalismus, Göttingen 1986, S. 84-107.
- 65 Wegen ihrer starken kirchlichen Bindung erreicht der CSVD überdurchschnittlich viele Frauen. Dies veranschaulicht z. B. die nach Geschlechtern getrennte Auszählung der Wahlen in Großenritte (vgl. Hennig: Wahlverhalten, a.a.O. (Anm. 30), S. 431 – Anm. 79).
- 66 Vgl. ebda, S. 396-400.
- 67 Alle Wahldaten sind als Tabellenanhang beigelegt. Zum Verständnis der Schaubilder im Text vgl. dort.
- 68 Das Schaubild zeigt nur die Entwicklung der wichtigsten Parteien. Zur genaueren Darstellung vgl. die Tabellen im Anhang.
- 69 Vgl. Falter: Politische Konsequenzen, a.a.O. (Anm. 59), bes. S. 278 f., 281, 283 ff., 298 ff.; für die Annahme, Arbeitslosigkeit spiele für den NSDAP-Erfolg nach 1930 nur die Rolle eines Sekundäreffekts, plädiert auch Dee Richard Wernette: Political Violence and German Elections: 1930 and July, 1932, Ann Arbor/The University of Michigan, Ph. D. 1974, bes. S. 86.
- 70 Die Korrelation geht fiktiv von einem bivariablen Zusammenhang zweier Merkmalsträger (x, y) aus. Die Einwirkung von Störvariablen dritter (oder n.ter) Art wird ausgeschaltet. Bei der Interpretation von Korrelationen muß deshalb – neben mathematischen Prüfverfahren z. B. der Analyse partieller Korrelationen bzw. bi-partieller oder multipler Korrelationen (vgl. Anm. 71) die Fehlerquelle berücksichtigt werden, ob nämlich die Variablen x und y auch Ausdruck weiterer Variablen sind, die dann in den Zusammenhang mit hineinwirken.
- 71 Zur Erläuterung der Vorgehensweise sei verwiesen auf: Helen M. Walker, Joseph Lev: Statistische Methoden für Psychologen, Soziologen und Pädagogen, Weinheim u. Basel 1975, S. 237 ff.; Hans Bartel: Statistik I für Psychologen, Pädagogen und Sozialwissenschaftler, Stuttgart 1983, S. 80 ff.; Joachim Hartung: Statistik, München/Wien 1984, S. 545 ff.; den Nutzen des Verfahrens veranschaulichen Ferdinand F. Müller, Manfred G. Schmidt: Empirische Politikwissenschaft, Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1979, S. 93 ff. (leider mit Angabe einer falschen Formel auf S. 106; vgl. Hartung S. 562).
- Helmut Steinhilber vom Fraunhofer-Institut für Betriebsfestigkeit (LBF, Darmstadt) sei für so manchen Ratschlag beim Rechnen gedankt.
- 72 Im vorliegenden Fall bei 44 bzw. 46 Datenpaaren (1930 oder 1932) sind alle Werte von $r > 0.288$ signifikant (auf einem Niveau von $p > .05$).
- 73 Die Korrelationen werden wegen der höheren Fallzahlen auf der Ebene des Abstimmungsverhaltens in den 46 Einzelgemeinden des Landkreises Kassel berechnet. 1930 sind die Angaben für Elgershausen und Heckershausen nicht überliefert. Vgl. Anm. 1.
- 74 Zum Vergleich dieser beiden Wahlen vgl. Wernette: Political Violence, a.a.O. (Anm. 69), S. 75 ff., 162 ff. – Bes. die Konzentration der Parteien des Landkreises Kassel zeigt (vgl. Schaubild 2), daß von 1930 auf die erste Reichstagswahl 1932 (bzw. bereits zur Reichspräsidentenwahl und zur preußischen Landtagswahl im März bzw. April 1932) nahezu „alles gelaufen“ ist.
- 75 Stimmen für die NSDAP und Hitler:
- | | 14. 9. 1930 | 13. 3. 1932 | 10. 4. 1932 | 31. 7. 1932 |
|------------|-------------|-------------|-------------|-------------|
| abs. | 5.406 | 12.036 | 13.575 | 14.540 |
| % | 15,6 | 33,1 | 37,6 | 38,5 |
| Δ % | | 122,6 | 12,8 | 7,1 |
- 76 $K = \frac{[P(x_i) \text{ LKR/g St } (i) \text{ LKR}]}{[P(x_i) \text{ R } /g \text{ St } (i) \text{ R}]}$
 $P(x_i)$ = Stimmen für die Partei (x) in der Wahl (i)
 $g \text{ St}$ = gültige Stimmen

LKR = Landkreis Kassel
R = Reich

Vgl. Hartung: Statistik, a.a.O. (Anm. 71), S. 60 ff.; Fred Ludwig Sepaintner: Die Reichstagswahlen im Großherzogtum Baden, Frankfurt/Bern 1983, S. 220 f., 351 – Anm. 21, 362.

- 77 Beim folgenden Abschnitt handelt es sich um Hinweise auf evidente Merkmale, deren rechnerische Darstellung noch aussteht.
- 78 Diese Differenzierung betrifft auch die Konfessionsstruktur. Schreiner (a.a.O. – Anm. 18, S. 50) teilt für das Jahr 1925 mit, daß der Landkreis Kassel im Durchschnitt 95,6% evangelische, 2,3% katholische, 1,1% andere Christen und 1% Juden zählt. Besonders die Minderheitsgruppen sind sehr ungleich verteilt, so weist z. B. Hoof 1925 7,3% jüdische Bürger auf (Magistrat der Stadt Kassel – Stadtarchiv –, Hrsg.: Namen und Schicksale der Juden Kassel 1933–1945, Kassel 1986, S. 243). – Zur Religionsstruktur aller Orte des Landkreises (Bezugsjahr 1925) vgl. auch: Gemeindelexikon für den Freistaat Preußen, Bd. XII: Provinz Hessen-Nassau, bearb. v. Preußischen Statistischen Landesamt, Berlin 1930, S. 52 f.

Datenanhang

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1928 bis 1933 im Landkreis Kassel
(1) Rahmendaten der Wahlen

	20. 5. 1928	14. 9. 1930	31. 7. 1932	6. 11. 1932	5. 3. 1933
Wahlberechtigte	36.557	38.956	41.307	41.560	41.654
gültige Stimmen	30.703	34.576	37.770	37.295	38.491
ungültige Stimmen	708	351	417	412	482
Wahlbeteiligung (in %)	85,9	89,7	92,4	90,7	93,6

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs, Bd 372, Berlin 1931, S. II.42; dass., Bd 382/II, Berlin 1932, S., II.42; dass., Bd 434, Berlin 1935, S. 55, 123, 204.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1928 bis 1933 im Landkreis Kassel
(2) Gültige Stimmen für die Parteien (absolut)

	20. 5. 1928	14. 9. 1930	31. 7. 1932	6. 11. 1932	5. 3. 1933
NSDAP	370	5.406	14.540	14.120	16.481
DNVP/Kampffront schw.-weiß-rot (1933)	3.091	871	798	989	851
DVP	2.745	748	162	255	182
DDP/Staatspartei (ab 1930)	1.312	836	193	136	104
Zentrum	224	216	247	232	251
Wirtschaftspartei	979	865	63	27	·/·
Landvolk	1.285 ⁽¹⁾	2.787	22	21	6 ⁽²⁾
Christlich-sozialer Volksdienst	·/·	1.697	627	685	722
SPD	17.075	16.174	14.706	13.163	14.552
KPD	2.741	4.609	6.222	7.540	5.334
andere	646	371	190	127	8

Legende: (1) Zusätzlich werden 285 Stimmen für die „Deutsche Bauernpartei“ abgegeben.
(2) I. e. die „Deutsche Bauernpartei“.

Die Ergebnisse der Reichstagswahlen 1928 bis 1933 im Landkreis Kassel
(3) Gültige Stimmen für die Parteien (in Prozent)

	20. 5. 1928	14. 9. 1930	31. 7. 1932	6. 11. 1932	5. 3. 1933
NSDAP	1,2	15,6	38,5	37,9	42,8
DNVP/Kampffront schw.-weiß-rot (1933)	10,1	2,5	2,1	2,7	2,2
DVP	8,9	2,2	0,4	0,7	0,5
DDP/Staatspartei (ab 1930)	4,3	2,4	0,5	0,4	0,3
Zentrum	0,7	0,6	0,7	0,6	0,7
Wirtschaftspartei	3,2	2,5	0,2	0,1	·/·
Landvolk	4,2 ⁽¹⁾	8,1	0,1	0,1	0,0
Christlich-sozialer Volksdienst	·/·	4,9	1,7	1,8	1,9
SPD	55,6	46,8	38,9	35,3	37,8
KPD	8,9	13,3	16,5	20,2	13,9
andere	2,1	1,1	0,5	0,3	0,0

Legende: Auf die „Deutsche Bauernpartei“ entfallen 0,8%.

Konzentration der Parteien im Landkreis Kassel im Vergleich zum Reich
(Reichstagswahlen 1928-1933)

	20. 5. 1928	14. 9. 1930	31. 7. 1932	6. 11. 1932	5. 3. 1933
NSDAP	0,46	0,85	1,03	1,14	0,98
DNVP/Kampffront schwarz-weiß-rot	0,71	0,36	0,36	0,30	0,23
DVP	1,03	0,48	0,36	0,37	0,43
DDP/Staatspartei	0,87	0,64	0,50	0,38	0,32
Zentrum	0,06	0,05	0,05	0,05	0,06
Wirtschaftspartei	0,70	0,64	0,42	0,23	·/·
Landvolk	1,42	2,54	0,24	0,43	0,05
Christlich-sozialer Volksdienst	·/·	1,97	1,68	1,61	1,92
SPD	1,87	1,51	1,80	1,73	2,07
KPD	0,84	1,01	1,13	1,20	1,12

Die Reichspräsidentenwahlen 1932 im Landkreis Kassel
(Wahlgänge vom 13. 3. und 10. 4. 1932)

13. 3. 1932

10. 4. 1932

	abs.	%	abs.	%	Δ %	K	
Wahlberechtigte	40.865		40.773		— 0,2		
gültige Stimmen	36.378		36.100		— 0,8		
ungültige Stimmen	461		380		— 17,6		
Wahlbeteiligung (%)	90,1		89,5				
Duesterberg	1.067	2,9	·/·			0,43	·/·
Hindenburg	16.944	46,6	17.946	49,7	5,9	0,94	0,94
Hitler	12.036	33,1	13.575	37,6	12,8	1,19	1,02
Thälmann	6.297	17,3	4.578	12,7	— 27,3	1,32	1,25
Winter	31	0,1	·/·			0,29	·/·
Zersplittert ⁽¹⁾	3	0	1	0		0,64	0,18

Quelle: Statistik des Deutschen Reichs, Bd 427, Berlin 1932, S. 30/31.

Legende: (1) Zum Reichspräsidenten ist gemäß Art. 41 (2) der Weimarer Reichsverfassung jeder Deutsche wählbar, der das 35. Lebensjahr vollendet hat. Dieser Verfassungsbestimmung trägt das Wahlrecht dadurch Rechnung, daß über die von den Parteien vorgeschlagenen Kandidaten hinaus jeder mindestens 35jährige Deutsche gewählt werden kann. Zu diesem Zweck enthält der Stimmzettel eine Blankozeile. Derartige gültige Stimmen werden als „zersplittert“ ausgewiesen.